

Volksstimme

Einzelpreis 3000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: W. Pfeiffer in Lindau, Magdeburg. — Fernsprechanruf (11) für Anzeigen: Nr. 1557, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 7000 M., beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 6750 M., Anzeigengebühr: Die Vorgesaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile 3600 M., auswärts 4500 M., im Restemittel die dreigesaltene 80 Millimeter breite Zeile 18000 M., auswärts 22500 M., Belegständer Zeile 4000 M., Anzeigenblatt acht vertoren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontonto: Nr. 122 Magdeburg

Nr. 177.

Magdeburg, Donnerstag den 2. August 1923.

34. Jahrgang.

Cunos Nachfolger.

Die Regierung Cuno steht auf der Totenliste. Ohne Energie, sich gegen die nationalistischen Annahmen durchzusetzen, ohne die Absichten, sich einer Marschrouten bestimmter Wirtschaftsinteressen zu entziehen, sieht sie selbst ein, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen war. Wie ein Winder hat sie das Gebot der Sturde verkannt. Als die Markkattastrophe kam, ging sie um das Problem herum, immer halbe Mittel anwendend, ganze Mittel peinlichst vermeidend, wie die Kasse um den heißen Brei. Und so wird sie verschwinden. Sang- und klanglos werden die Schollen fallen. Was schon lange geschehen wäre, wenn nicht andre Rücksichten vorhanden gewesen wären. Das Kabinett Cuno ist eben nicht durch seine von gewissen Kreisen vielgerühmten Vorzüge, die sich als hohe Nachteile erwiesen haben, gehalten worden, sondern durch eine aus der ungeführten Durchführung außerpolitischer Aktionen zu erklärende Rücksichtnahme.

Der Sturz der Regierung Cuno ist sicherlich der mühseligste Teil des Vorhabens, dem Land eine neue Regierung zu geben. Viel schwerer ist es, die neue Regierung zu bilden. Man hat in den ersten Jahren der Republik in Reichsreisen, als unsere Genossen in die Ministerien einzogen, viel über „Gutterrippen“ geredet. Unsere Reichsmänner, deren Privileg es von jeher war, ausschließlich in den Regierungsjesseln zu sitzen, müssen ja Erfahrung haben. Für die Republik muß aber festgestellt werden, daß es in Deutschland viel weniger Männer gibt, die Neigung haben, einen Ministerposten zu übernehmen, als man gemeinhin denkt. Wenigstens soweit Köpfe in Frage kommen. Das müssen sich unsere Genossen gesagt sein lassen, deren Wunsch begreiflich erscheint, daß das Kabinett Cuno so bald wie möglich verschwindet.

Wenn man die bürgerliche Presse liest, gewinnt man den tiefen Eindruck, daß man die Sozialdemokratie in die Regierung hinein drängen will. Die Sozialdemokratie hat alle Veranlassung, gegenüber solchen Sirenentönen aus andern Lagern kühl bis ans Herz zu bleiben. Das Schicksal des Kabinetts Baur, die unerhörte Hebe gegen das Kabinett, das das Londoner Ultimatum schlucken mußte, die Hebe, die vor Mord und Totschlag nicht zurückredete, hat die Sozialdemokratie gewichtig gemacht. Nicht daß unsere Leute um ihr Leben fürchteten. Aber wir sehen es nicht ein, daß immer gerade die dreimal vermaledeite Sozialdemokratie der Rudelein sein soll, der die Brügel bekommt. Kein Mensch kann der Sozialdemokratie nachsagen, daß sie nicht den Mut für eine verantwortliche Politik habe. Diesen Mut beweist die deutsche Republik. Ohne diesen Mut wäre die Republik nicht mehr und das Chaos wäre in Deutschland Latschade. Das nicht allein. Wir waren im Interesse des deutschen Proletariats, der deutschen Republik und besonders der deutschen Einheit auch die getreuen Ecksteine selbst der Regierung Cuno gegenüber. Wir haben unsere Pflicht restlos getan, indem wir guten Rat gaben, indem wir drückten, indem wir warnten, indem wir opponierten. Man hat uns nicht gehört. Man ging einen Weg, der unfehlbar in die heutigen Zustände führen mußte.

Und jetzt ruft man wieder nach der Sozialdemokratie. Bei den Demokraten, bei der Deutschen Volkspartei, bei dem Zentrum. In weiten Kreisen der Bürgerlichen, die an und für sich politisch indifferent sind, selbst in solchen Kreisen, die aus dem finanziellen Schlandrian des Kabinetts Cuno Vorteile zogen, hört man den Ruf, daß es ohne die Sozialdemokratie einfach nicht gehe. Wir werden uns vielleicht dem Rufe nicht entziehen können. Wir wissen, daß die Partei damit ein Opfer bringen wird. Auch die kommende Regierung wird ihre brennendste Aufgabe getan, ihre Zeit überlebt haben, und den Weg geben, den jede Regierung einmal gehen muß, wenn sie getan hat, was von ihr gefordert wurde. Dank gibt's nicht in der Politik.

Wir werden aber dieses Opfer nur bringen, wenn wir wissen, daß es nicht umsonst gebracht wird. Wir wollen die Gewißheit haben, daß auf der andern Seite ebenso wie bei uns der feste Wille vorhanden ist, zu retten, zu lösen, soweit es noch möglich ist. Wenn die Sozialdemokratie mit ganz bestimmten wirtschaftspolitischen und besonders finanz- und währungstechnischen Plänen auf den Kampflapf tritt, auf dem sich die Nachfolge des Kabinetts Cuno vollzieht, dann wollen wir wissen, daß unsere Kontrahenten bereit und festen Willens sind, diesen Plan zu verwirklichen.

Das veröffentlichte Finanzprogramm der Sozialdemokratie wird entscheiden, wie in den nächsten Tagen die Würfel fallen werden.

Eine Arbeiterregierung.

Nun taucht auch — namentlich in kommunistischen Kreisen — das Schlagwort von der Arbeiterregierung wieder auf.

Man kann unter diesem Schlagwort sehr verschiedenes verstehen. Auch etwas sehr Schönes. Daß die Arbeiterklasse im weitesten Sinne, die ganze Masse der geistig und körperlich Schaffenden in Stadt und Land, sich vereinige, um die Welt in sozialistischem Sinne nach ihrem Willen zu gestalten, ist unser Ziel. Die Regierung der siegreichen Arbeiterklasse wird natürlich eine Arbeiterregierung sein.

Aber die Arbeiterklasse hat die politische Macht noch nirgends gewonnen. Am allerwenigsten in Rußland, wo sie am meisten geknechtet ist.

Die Frage ist nicht die, was wir tun werden, wenn die Arbeiterklasse in Deutschland und in der übrigen Welt die politische Macht erringen haben wird. Sondern es handelt sich darum, wer in Deutschland regieren soll, wenn Cuno in den nächsten Tagen stürzt. Bei der Beantwortung dieser Frage können die gegebenen nationalen und sozialen Machtverhältnisse nicht aus dem Auge gelassen werden.

Im Reichstag haben die Vertreter der Arbeiterklasse bei weitem nicht die Mehrheit. Das bedeutet, daß ihnen noch die Macht fehlt, auch im Innern — von äußeren Gemütsfragen gar nicht zu reden — geradewegs auf ihre letzten Ziele loszugehen. Wahlen sind Machtproben. Auf die Mehrheit verzichten kann höchstens der, der seine Macht auf Bajonette stützt.

Eine auf Bajonette gestützte Macht, die die Mehrheit der Bevölkerung gegen ihren Willen beherrscht, ist nicht das Ideal der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, sondern das gerade Gegenteil von ihm. Die Arbeiterregierung, wie wir sie wollen, soll von der Einsicht einer ungeheuren Volksmehrheit getragen sein und ihren Willen verwirklichen.

Aber ganz abgesehen davon: kann die Arbeiterklasse als geistige Minderheit, die sie noch ist, das, was ihr an Macht über die Köpfe noch fehlt, durch die Macht der Bajonette ersetzen? Jeder ruhig Ueberlegende wird diese Frage verneinen. Auch wenn sie die Mehrheit gewonnen haben wird, wird die Arbeiterklasse gegen eine Minderheit, der erhebliche reale Machtmittel zur Verfügung stehen, schwere Kämpfe zu führen haben. Jetzt mit Gewalt durchsetzen, was ihrer Ueberredung nicht gelang, kann sie nicht.

Der Versuch, das parlamentarische System durch eine diktatorische Arbeiterregierung zu ersetzen, müßte also mit einer blutigen Niederlage der Arbeiterklasse enden. Sie ist um so sicherer, als die bürgerlichen Gegner eines solchen Gewaltvorstoßes in den Regierungen des Auslandes sichere Bundesgenossen finden würden.

Der Ruf nach einer diktatorischen Arbeiterregierung bedeutet also nichts anderes als den Ruf nach einem Bürgerkrieg, der entsetzliches Elend über die deutschen Arbeiter bringen, sie aber ihrem Ziele nicht näher, sondern sie von ihm weit zurückzuführen würde.

Das Volk schreit nach Brot. Der Bürgerkrieg bringt aber nur Hunger und Anechtlichkeit.

Wie steht es mit den parlamentarischen Möglichkeiten einer Arbeiterregierung? Parlarmentarisch ist die Arbeiterregierung nur denkbar als eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Selbst angenommen, daß die Kommunisten einer solchen Regierung ihre Unterstützung leisten würden, woran sie ja nicht denken, wäre eine Mehrheit, auf die sie sich stützen könnte, nicht vorhanden. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung wäre also genötigt, bei den bürgerlichen Unterstützung zu suchen, sie wäre von dieser Unterstützung abhängig. Wir hätten dann dem Namen nach eine Arbeiterregierung, in Wirklichkeit aber eine Koalitionsregierung, zu der die bürgerlichen bloß keine Minister stellen würden. Sie würden keine noch außen sichtbare Verantwortung tragen, aber der sozialdemokratischen Regierung die Bedingungen vorschreiben, unter denen sie ihr das Leben lassen.

Aber, kann man sagen, die sozialdemokratische Regierung könnte ja diese Last abhütteln, indem sie den Reichstag auflöste und versuchte, sich bei Neuwahlen eine Mehrheit zu schaffen.

Dabei wird zunächst vergessen, daß Neuwahlen bei den gegenwärtigen Zuständen im deutschen Westen technisch kaum durchführbar sind. Wenn es aber gelingt, diese Schwierigkeiten zu überwinden, was ergibt sich dann für eine Lage?

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung kann bei Neuwahlen nur dann im Amte sein, wenn es ihr zuvor schon gelungen war, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, sonst kommt sie gar nicht so weit. Sie muß zuvor eine Zeitlang allein regiert, allein die Verantwortung getragen haben... Glaubt man aber, daß das alleinige Tragen der Verantwortung bei gleichzeitiger innerer Unfreiheit — eben wegen der Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien — unter den gegenwärtigen Umständen so besonders geeignet ist, die Volkstümlichkeit einer Partei zu erhöhen? Eine demagogische Agitation der Gegner würde die — scheinbar — allein regierende Partei für alle Sünden der Vergangenheit, deren Folgen sie nicht im Handumdrehen beseitigen konnte, verantwortlich machen. Bei dem Versuch, den tief verfahrenen Karren allein wieder herauszuziehen, würde die Sozialdemokratie bis über den Hals in den Schlamm geraten.

Das also sind die beiden Möglichkeiten oder, besser gesagt, die beiden Unmöglichkeiten des Augenblicks: Eine außerparlamentarische Arbeiterregierung, die durch Bürgerkrieg und blutige Gewalt zur Macht zu kommen versucht, ohne daß ihr das wirklich gelingt, oder aber eine parlamentarische Arbeiterregierung ohne parlamentarische Mehrheit und ohne Aussicht, sie zu gewinnen, in Abhängigkeit von bürgerlichen Parteien und dann natürlich erst recht Ziel der kommunistischen Hebe.

Die Vorbedingungen für die Schaffung einer Arbeiterregierung in Deutschland sind zurzeit nicht gegeben, sie müssen erst geschaffen werden. Die erste ist die Einigung der Arbeiterklasse auf ein klares und durchführbares Programm und die Abweisung aller verwirrenden Augenblicksparolen und Schlagwörter, wie sie die K.-P.-D.-Zentrale in unerschöpflicher Fülle produziert. Kritisches Denken, Pflichtgefühl, Disziplin, Bewußtsein der großen Verantwortung an der Volksgemeinschaft — ohne das kommt keine Klasse zur ausschlaggebenden Macht.

Fit to govern.

Is Labour fit to govern? (Ist die Arbeiterpartei regierungsfähig?) fragt die kapitalistische Presse höhnisch, wenn wieder einmal einer oder der andre der schottischen Sozialisten — enkantus terriles der Parlarmentarisation der britischen Arbeiterpartei — gegen die geheiligten Traditionen des englischen Parlarments und am Ende auch gegen den staatsmännischen Geschmack seiner eignen Kollegen verstößen hat. Und: Labour is fit to govern: die Arbeiterpartei ist reif zur Macht, lönt es als Antwort von den Bänken der „offiziellen Opposition“, aus den Spalten der Arbeiterpresse und von der Tribüne des Parteitag, den die Labour Party jüngst abhielt. Alle politischen Fragen werden von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, „what a Labour Government would do“ (was eine Arbeiterregierung tun werde). Weit über den Rahmen der Partei hinaus reicht die Ueberzeugung, daß die nächste englische Regierung eine Arbeiterregierung sein wird.

Diese Ueberzeugung ruht nicht nur auf der Mechanik des englischen Parlarmentarismus, der die Form des Zweiparteiensystems behalten hat, obgleich sich in dem Inhalt dieses Systems die bedeutendste Aenderung seit den Zeiten der bürgerlichen Revolution des 17. Jahrhunderts vollzogen hat. Damals stand das aufstrebende Bürgertum dem Adel gegenüber und stürzte im Kampf um die parlarmentarischen Rechte keine Macht; heute hat sich innerhalb weniger Jahre, unblutiger noch als damals innerhalb der parlarmentarischen Formen der Wandel in der Stellung der Klassen abgepielt: die Arbeiterpartei, vor einem Jahrzehnt noch der unbeteiligte, unbeachtete Dritte, der im Winkel stand und dem Auf und Ab von Konservativen und Liberalen zusah, hat sich einfach an die Stelle des einen von den beiden gesetzt. Das Zweiparteiensystem, so lange der Schaufelstahl der Bourgeoisieherrschschaft, ist so auf einmal zum Ausdruck des Klassenkampfes geworden.

Die Frontverschiebung begann, als im Kriege Lloyd George zum erstenmal seit ihrem Bestande das Kunststück zumegebrachte, die beiden historischen Parteien in einer „Koalition“ zu vereinigen; wenige Jahre später hat die Bourgeoisie die Konsequenzen aus diesem Scheitern gezogen, indem sie den Liberalismus liquidierte und ihre Einheitsfront im Rahmen der reaktionärsten von beiden, der

Was Frankreich und Belgien fordern

Frankreich und Belgien haben die englischen Reparationsdriftschiffe schriftlich beantwortet. Der italienische Botschafter hat nur einen mündlichen Bescheid übermittelt, daß die italienische Regierung die Ansicht vertritt, es habe keinen Zweck, sich bei der wesentlichen Abweichung der Ansichten von London und Paris jetzt bereits zum Inhalt einer gemeinsamen Note an Deutschland zu äußern. Japan, das bisher nicht geantwortet hat, soll eine ähnliche Auffassung vertreten.

Aus Mitteilungen gut unterrichteter Persönlichkeiten, die infolge ihrer nahen Beziehungen zu führenden Regierungsmitgliedern oder in ihrer Eigenschaft als Oppositionsführer Gelegenheit hatten, über den Inhalt der Noten informiert zu werden, läßt sich — so wird der „Voss. Ztg.“ aus London gemeldet — die Lage folgendermaßen schildern:

Nach Kenntnisnahme des Inhalts der Noten sind die führenden Mitglieder der Regierung der Ansicht, daß vorläufig keine Aussicht bestehe, die Alliierten für eine gemeinsame Antwort an Deutschland zu einigen. Belgien und Frankreich machen in ihren Noten, anscheinend von der Hoffnung bestimmt, daß Deutschland bald zu einem Bruch kommen werde, den Versuch, neue Verhandlungen einzuführen, auf die England nicht eingehen gewillt ist, da es sich der Gefahr vollständig bewußt ist, die sich aus einer Zuspitzung der Lage in Deutschland ergeben könnte.

Frankreich und Belgien erklären übereinstimmend, daß sie entschlossen sind, erst dann mit Deutschland über die Reparationsfrage zu verhandeln, wenn der passive Widerstand bedingungslos aufgegeben ist. Sie machen es der englischen Regierung aber fast unmöglich, sich mit Deutschland über die Möglichkeit eines Abbaus des passiven Widerstandes zu unterhalten, weil sie es ablehnen, die Ruhrbesetzung zeitlich zu begrenzen und bindende Zusagen zu machen über Zeitpunkt und Umwandlung der Besetzung aus einer starken Militärherrschaft in eine „unsichtbare“ und anpassungsfähige Zivilverwaltung während einer begrenzten Ubergangszeit.

Der weitere Inhalt der französischen und belgischen Schriftstücke weist dann von einander ab, weil Poincaré offenbar nicht in der Lage war, Belgiens Gefolgschaft zu erzwingen. Die Brüsseler Abmachungen vom Mai dieses Jahres sehen für Belgien nur eine gemeinsame Politik mit Frankreich in der Besetzung vor. Sie erstrecken sich nicht auf die Stellungnahme zu Finanzprojekten und Zahlungen von Reparationen.

Die französische Antwort hält an der Voraussetzung fest, daß Frankreich als Minimalsumme 26 Milliarden Goldmark erhalten müsse; aus den Fonds A und B des Londoner Zahlungsplans und aus den Fonds C den Betrag, den England und Amerika von Frankreich zur Regelung seiner Schulden an diese Länder fordern können. Poincaré gibt grundsätzlich die Notwendigkeit einer Revision der deutschen Leistungsfähigkeit nicht zu, hat sich aber auf belgische Einwirkung hin bereit erklärt, eine Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die alliierten Sachverständigen der Reparations-Kommission unter erheblichen Kavatelem und Einschränkungen zuzugestehen.

Der französische Fragebogen, der diesen Ausführungen angegliedert ist, verlangt Aufklärung über drei Punkte:

1. Genaue Umschreibung der Aufgaben eines alliierten Sachverständigenausschusses.
2. Welches ist der Mindestbetrag, den England von Deutschland als Reparationen zu beanspruchen gedenkt.
3. Wie soll die Frage der interalliierten Schulden geregelt werden.

Von diesen französischen Ausführungen, die in steifer und formeller Sprache gehalten sind, stechen die belgischen Ausführungen ab. In kurzen und knappen Ausführungen legt die belgische Regierung auseinander, daß Belgien zunächst in der Frage des passiven Widerstandes und der Nichtbegrenzung der Ruhrbesetzung mit Frankreich übereinstimme, daß sie aber andererseits auch wesentliche Punkte der Übereinstimmung mit England feststelle. Mit

Bewerber soll seine Zulassung nicht beantragen. Maßgebend sind die Bestimmungen, die das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Merkblatt zusammengestellt hat. Immerhin ein kleiner Fortschritt — vorausgesetzt, daß die Wahl nicht nach politischen oder konfessionellen Gesichtspunkten getroffen wird. Im übrigen sind die deutschen Universitäten ihrer ganzen Organisation nach durchaus reaktionäre Einrichtungen, über die selbst in der bürgerlichen Presse lebhaft Klage geführt wird. Bevor nicht die Verfassung dieser wissenschaftlichen „Republiken“ der Gegenwart angepaßt ist, besteht keine Hoffnung, den Geist des Galtenkreuzes- und Faschistentums, der sich dort breit macht, auszurotten.

Das ahnungslose Fragment. Eine französische Schriftstellerin, die in der Provinz lebt, Fräulein J. Portron, hatte dem Pariser Theater Pré Catalan ihr dreiaktiges Stück „Der Schuster und der Banquier“ eingereicht. Das Stück wurde angenommen und einstudiert. Zur Premiere kam Fräulein Portron nach Paris. Aber sie mußte etwas Seltsames erleben: nach dem zweiten Akt war das Stück aus; das Publikum klatschte lebhaft Beifall, der dritte Akt aber senkte sich, und alles ging nach Hause. „Wo bleibt mein dritter Akt?“ schrie Fräulein Portron den Direktor an. „Welcher dritte Akt?“ fragte der Direktor erstaunt. Es stellte sich heraus, daß die Dichterin, als sie das Stück einreichte, den dritten Akt, der besonders gefeiert war, nicht mitgebracht hatte; er lag noch zu Hause im Kasten. Der Direktor, die Schauspieler, das Publikum und die Kritik hatten gefunden, das zweiaktige Stück sei ausgezeichnet. Und Fräulein Portron ließ ihren dritten Akt im Kasten. Schade, daß es manche ihrer deutschen Kollegen, etwa Eulenberg oder Schmittbomn, nicht auch so gemacht haben.

Rußland und die deutsche Kultur. Die Ausstellung des deutschen Buches, die Anfang September gleichzeitig mit der landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau eröffnet wird, soll einen impotanten Ueberblick über die Leistungen des deutschen Buchhandels bieten. Wie im „Vorjahren“ für den deutschen Buchhandel mitgeteilt wird, sind 120 große Kisten mit etwa 40 000 Bänden abgesetzt worden, und ebenso sind bereits 200 Kisten Bände unterwegs, die für den großen Transport zu spät kamen. Die wirkungsvolle Ausstellung und Einrichtung wird von zwei Herren der „Deutschen Gesellschaft für Außenbuchhandel“ geleitet. Auch die deutsche Oper steht in Sowjetrußland hoch im Kurs. Die Petersburger staatliche Marienoper bereitet für die nächste Saison Wagners „Ring des Nibelungen“ und „Krieg und Richard Strauss' „Salome“ vor; das staatliche Michaelstheater Humperdinck's „Hänsel und Gretel“ und Webers „Freischütz“; die Moskauer Simons-Oper den „Tannhäuser“ und „Siegfried“.

der englischen Regierung stimme sie darin überein, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit von einem Sachverständigenausschuss der Reparationskommission unter Hinzuziehung eines Amerikaners neu abzusuchen sei, und daß die von Deutschland in der Note vom 7. Juni angebotenen Garantien kaum ohne weiteres von der Hand gewiesen werden könnten, sondern sehr wohl Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen werden könnten.

Die englische Regierung hat die Noten vervielfältigen lassen, um sie den einzelnen Ministern und maßgebenden Parteiführern zur Kenntnis zu bringen. Die Minister werden die Noten in einer Ministerialkonferenz mit ihren Sachverständigen prüfen, und das Kabinett wird dann zum Inhalt der französischen und belgischen Antwortnotizen Stellung nehmen. Am Donnerstag werden die Premierminister und Lord Curzon, unmittelbar vor der Vertagung des Parlaments bis zum 12. November, Mitteilungen über die Ansichten der englischen Regierung machen.

Um eine möglichst einheitliche Stellungnahme der englischen Regierung und der Parteien herbeizuführen, wurden die Pressevertreter gebeten, bis sich die englische Regierung am Mittwoch in der Kabinettsitzung über ihr weiteres Verhalten in der Reparationsfrage klar geworden ist, zum Stande der interalliierten Verhandlungen vorläufig redaktionell noch nicht Stellung zu nehmen.

Dollar Amtliche Notiz vom **1111000** Mi.
Dienstag 1.097.250
letzte Kurs in New York

Schulstandal in Pommern.

Die pommersche Schulreaktion hat sich ein Standaßstückchen erster Klasse geleistet. Der parteilose russische Professor Dr. Lewitin (Moskau), der wirkliches Mitglied des russischen Reichsgelehrtenrats ist, weilt gegenwärtig in Deutschland, um sich über den Stand unserer Erziehungswezens zu unterrichten. Auf der Durchreise hielt er in Stettin vor dem Bund entschiedener Schulreformer einen öffentlichen Vortrag über die Erfahrungen, die er über die moderne Arbeits- und Produktionschule sammeln konnte als Leiter einer Versuchsschule und als Direktor der Abteilung für technisches Fachbildungswesen beim höheren Volkswirtschaftsrat. Am Tage darauf besichtigte Professor Dr. Lewitin außer einigen andern Bildungsstätten Stettins die Wäckerberg-Schule, eine Volksschule, in deren Versuchsklassen der Arbeitsschulgedanke bereits praktisch verwirklicht wird. Auf seinen Wunsch begleitete ihn dabei ein Junglehrer als Vorsteher der Ortsgruppe des Bundes entschiedener Schulreformer. Dieser führte ihn in die Schule ein unter Verweisung auf die besondere Beglaubigungsverfügung des preussischen Kultusministers Dr. Voelckh, die Professor Lewitin zum Besuch preussischer Schulen ermächtigte.

Um so mehr Aufsehen erregte daher die Verfügung der Regierung zu Stettin, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, die daraufhin bezichtigte, den betreffenden Begleiter bei der Besichtigung, den Junglehrer Marohl (Stettin), weiter in Schuldienst zu beschäftigen. Sie begründete dessen Verweisung damit, daß er erstens den Professor Lewitin „unter falscher Angabe“ in die Schule eingeführt und zweitens „eine Kontrolle in einer Schule“ ausgeübt hätte.

Die Reaktion will an Marohl ihr Mütchen kühlen, der allen Dunkelmännern unbecom ist. Marohl ist in Pommern öffentlich als Vorstandsmittglied nicht nur der entschiedenen Schulreformer, sondern auch der vereinigten Elternbeiräte und als erster Vorsteher des Ortsauschusses Stettin des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes herborgetreten.

Die republikanischen Parteikreise halten für den Urheber der Verfügung den Dirigenten der Stettiner Schulabteilung, den Oberregierungsrat Bergmann. Dieser ist gleichzeitig Vorsteher der Ortsgruppe des Deutschen nationalen Beamtenbundes und rühmiger Teilnehmer an antirepublikanischen Kundgebungen. Man hält diese Verfügung für einen Versuch der Regierung zu Stettin, einem als Republikaner öffentlich sich betätigenden Beamten auf dem heimlichen Umweg seine politischen und gewerkschaftlichen Rechte zu beschneiden.

Die zuständigen Ministerien, die sich die endgültige Beschlußfassung über diesen Fall vorbehalten haben, werden recht genau untersuchen, ob reaktionäre Verwaltungsbeamte, die die Republik vor dem Ausland unterlich klammern, auch nur noch einen Augenblick auf ihrem Posten belassen werden können.

Meldungen von der Ruhr.

Lebensmittelnot im Ruhrgebiet.

Die Lebensmittelnot im Ruhrgebiet wird unerträglich. In Gelsenkirchen ist die Belegschaft einer großen Zeche nicht mehr angefahren, weil die Bergleute seit Sonnabend ohne Karzoffeln sind. In mehreren Städten haben die Franzosen den Händlern den gesamten Karzoffelvorrat abgekauft. Die Bevölkerung verlangt von den zuständigen Stellen, daß gegen solche gewissenlosen Händler vorgegangen wird. Die Wochenmärkte bieten einen trostlosen Anblick. Viel Käufer sind vorhanden und keine Ware.

Solche Zustände erzeugen eine große Erbitterung unter der Bevölkerung, die sich entladen wird, wenn keine Abhilfe geschaffen wird. So wird aus Essen gemeldet:

Im Oberhaufener Bezirk ist eine neue Streikbewegung ausgebrochen. Am Sonnabend trat die Belegschaft der Gute-Hoffnung-Gütte in den Ausstand und demonstrierte vor dem Hauptverwaltungsgebäude. Am Montag zogen die Belegschaften von zwei Schachtanlagen der Zeche Konfordia der Gombacher Gütte vor das Oberhaufener Rathaus, wo eine Abordnung die Wünsche der Belegschaft auf Maßnahmen gegen die Teuerung vortrug. Die Oberhaufener Bergarbeiter fordern eine einmalige Beihilfe von 5 Millionen Mark. Die Kommunisten treiben eine lebhaft propagandistische Aktion der Bergarbeiter.

Aufgehobene Sanktionen.

Nach einer Meldung aus Gladbeck hat der Kommandierende General der belgischen Besetzungstruppen durch eine Verfügung alle Sonderanktionen, die aus Anlaß des Vorfalls auf der Hochfelderstraße verhängt wurden, außer Kraft gesetzt. Die Aufhebung gilt insbesondere für die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs im ganzen Bezirk Gladbeck, der seit dem Unglück bis heute völlig ruhte. Die Schranke im ganzen belgisch besetzten Gebiet wurde ebenfalls aufgehoben, so daß die Gaststätten jetzt wieder bis 10 Uhr abends geöffnet sind.

Notizen.

Zweikundensstreik in den Berliner Zeitungsbetrieben. In den Berliner Feinungs-Verordnungen ist es am Dienstag anstatt von einer vorübergehenden Arbeitseinstellung gekommen, die ihre Ursache in einer Lohnbewegung des technischen Personals des graphischen Gewerbes hat. Die Arbeitnehmer verlangten an den Lohn für die laufende Woche eine Teuerungszulage von einer Million Mark und um dieser Forderung den nötigen Druck zu verleihen, beschloffen die Betriebsräte aller Zeitungs-Verordnungen mit Ausnahme der des

„Vorwärts“ und der „Morgen Post“, die Arbeit am Dienstag bis 3 Uhr nachmittags einzustellen. Nach Ablauf dieser Frist wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen, so daß die Abendblätter — mit zweifelhäufiger Verzögerung — erscheinen konnten. Ueber die weiteren Maßnahmen der Berliner Buchbinder wurde im Anschluß daran in einem nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Verlammlung erhandelt.

Zusammen im Reichstheater Landtag. Bei der Eröffnung des neugewählten Landtags hat der bisherige sozialdemokratische Ministerpräsident v. Reibnitz um Beurlaubung, da er eine neue Stelle in Berlin antritt. Wäckerberg, der Kommandant der Reichstheater Landtag, machte die Unterbrechung der Sitzung notwendig. Nach Wiederbeginn der Sitzung wurde der Landtag durch die Kommunisten fortgesetzt. Abgeordneter Sammet (Komm.) erhielt zwei Ordnungsrufe. Der Ministerpräsident drohte den Kommunisten mit dem Ausschluß aus der Sitzung. Der Antrag auf Entziehung der Staatspolizei aus dem Reichstheater wurde zurückgewiesen. Am Mittwoch wird die Präsidentenwahl und die Bildung der Regierung vorgenommen.

Verhafteter Kommunistenführer. Wie der Berliner Lokal-Anzeiger aus München meldet, ist der Sekretär der Berliner K. P. D., Schriftsteller Paul Schulz, auf Grund eines Haftbefehls der Oberstaatsanwaltschaft des Landgerichts Mannheim in München wegen Beleidigung und Verleumdung verhaftet worden. Die Verhaftung wurde im Fraktionszimmer der kommunistischen Partei im Rathaus vorgenommen, wo Schulz schriftliche Arbeiten erledigte.

Die Verfassungsänderung in Bayern abgelehnt. Im bayrischen Landtag fiel am Dienstag die Entscheidung über den Verfassungsgegenstand über das Volksbegehren und den Volksentscheid. In der Schlussabstimmung stimmten 78 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei für den Gesetzesentwurf, 59 Abgeordnete der Demokratischen, der Sozialdemokratischen und der Bauernbündlerischen Fraktion gegen den Gesetzesentwurf. Damit ist die notwendige Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen nicht erreicht und der Präsident stellte die Ablehnung der Gesetzesvorlage fest. Die Linke beglückte die Ablehnung mit Bravorufen.

Streik im Hamburger Hafen. Die Arbeiter des Hamburger Hafens haben am Dienstag vormittag wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Es wurden nur noch die Schiffe abgefertigt, die bis 11 Uhr zum Laden oder Löschen bereit waren. Die Streikenden fordern in erster Linie die Aufhebung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von einer Million Mark.

Der Bergarbeiterstreik in Südwesfalen. Die Bergarbeiter im Bielefelder und Delstener-Bergbau-Bezirk haben seit voriger Woche im Streik. Am Sonntag fand eine Abstimmung statt über ein allerdings völlig ungenügendes Angebot des Bergbauvereins. Die Abstimmung ergab eine überwiegend große Mehrheit für die Fortsetzung des Streikes, dessen Durchführung nunmehr der Bergarbeiterverband übernommen hat.

Streik der jugoslawischen Seeleute. Die jugoslawischen Seeleute befinden sich seit dem 29. Juni im Streik, weil die Reederei nicht bereit war, die berechtigten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Der jugoslawische Seemannsverband hat den Streik in den jugoslawischen Häfen restlos durchgeführt, und es ist unmöglich, dort Streikbrecher anzumerden. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation wendet sich hiermit an die angeschlossenen Organisationen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens mit der Aufforderung, die in den Häfen ihres Landes befindlichen oder in die Häfen einlaufenden jugoslawischen Schiffe weder zu laden noch zu löschen, um auf diese Weise durch die internationale Solidarität der Transportarbeiter die jugoslawischen Reederei zum Nachgeben zu veranlassen.

Kommunistenverhaftungen in Warschau. Der Warschauer politische Polizei ist es gelungen, 3000 Leiter der kommunistischen Parteiorganisationen zu verhaften, deren Chef, Stefanowicz, geflüchtet sein soll, seit 5 Monaten die kommunistische Agitation im Kasernen-Moskau betrieben zu haben.

Oesterreich wählt am 21. Oktober. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Kundmachung der Bundesregierung, durch die die Wahlen zum Nationalrat ausgeschrieben und im Einverständnis mit dem Hauptauschuss als Wahltag der 21. Oktober festgelegt wird.

Harding in Lebensgefahr. Reuter meldet aus San Francisco, die Herzge des Präsidenten Harding bezeichnen seinen Zustand als gefährlich, da der rechte Lungenflügel angegriffen sei, Harding kämpft jetzt um sein Leben.

Depeschen.

Internationaler Kongress für Arbeiterschut.

26. Berlin, 1. August. Die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschut hat während der letzten Delegiertenversammlung beschlossen, einen internationalen Kongress für Sozialpolitik einzuberufen, ähnlich dem Kongress in Zürich von 1897, der vor dem Kriege die große Bewegung für internationalen Arbeiterschut auslöste. Die zur Vorbereitung dieses Kongresses bestimmte Kommission hat sich am 26. Juli 1923 in Braganz verammelt. Die folgenden Landesdelegationen waren vertreten: Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien und Oesterreich sowie Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf. Sie beschloß einstimmig, die Einberufung des Kongresses nach Basel auf den 24. April 1924 und die folgenden Tage. Ein Kundschreiben wird die Neuorientierung, die die Sozialpolitik nehmen soll, zur Vorbereitung des Kongresses darlegen.

57 Milliarden gestohlen.

26. New York, 1. August. Die Gelder von den Franzosen bei der Reichsbankbesetzung New York betragen die Summe beträgt etwa 46 Milliarden Mark. Die Franzosen besetzten getrennt auch das Raffinerie Eisenwerk G. m. b. H., wo 17 Milliarden Mark Vohngelder beschlagnahmt wurden. Auf den Protest der Verleitelung, daß es sich um Vohngelder handle, wurde erwidert, daß der Beziehungsbekannt sei, daß nur ein Drittel der Arbeiter beschäftigt sei, während die Gesamtbelegschaft gelohnt werde.

Unterbringung der Kriegsbeschädigten.

26. Genf, 1. August. Nach einem vorläufigen Bericht des Internationalen Arbeitsamts werden heute in Genf, dem Sitz des Internationalen Arbeitsamts, von den zusammengetretenen Sachverständigen, die sich mit der Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten befassen haben, folgende Angaben über die Zahl der pensionberechtigten Kriegsbeschädigten in den verschiedenen am Weltkrieg beteiligten Ländern gemacht: Deutschland 1 537 000, Australien 75 000, Oesterreich 164 000, Belgien 50 000, Kanada 45 000, Vereinigte Staaten 157 000, Finnland 10 000, Frankreich 1 500 000, Großbritannien 117 000, Italien 800 000, Polen 320 000, Rumänien 100 000, Jugoslawien 184 000, Rußland 775 000, Tschechoslowakei 238 000, Neuseeland 20 000. Die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten beträgt somit 7 124 000. Bei dieser Zusammenstellung jedoch noch die amtlichen Statistiken über die Zahl der Kriegsopfer in der Türkei, Bulgarien, der baltischen Staaten, Portugal, Ungarn und Japan. Es kann angenommen werden, daß sich die Zahl der Kriegsbeschädigten auf 10 Millionen beläuft.

26. Genf, 1. August. Die vom Internationalen Arbeitsamt einberufene Sachverständigenkommission zur Prüfung der Verwendung von Kriegsbeschädigten trat am Dienstag unter dem Vorsitz von Thomas zusammen. Am ersten Verhandlungstag äußerten die Sachverständigen die Überzeugung, daß dem Problem der Invalidenberwendung große Bedeutung zukomme und deshalb eine rasche Lösung erwünscht sei. Im Anschluß daran besaßte man sich mit dem in England zur Durchführung gelangten System zur Beschäftigung von Invaliden. Die Mehrzahl der Sachverständigen sprach sich für die gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung von Invaliden aus, wobei der Berücksichtigung der nationalen Lebensverhältnisse Rechnung getragen werden soll. Formelle Beschlüsse können erst nach Abschluß der Verhandlungen gefaßt werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. August 1923.

Ein nobler Arbeitgeber.

Die Landwirtschaft scheffelt das Geld. Schon der gewöhnliche Bauer weiß nicht mehr, wohin mit den Scheinen. Darum hat er auch keine Eile, etwas zu verkaufen. Butter, Milch, Eier, Schwein, Rind und Schaf behalten sie als Sachwerte und für den eignen Gebrauch. Die „faulen“ Städte und Sozialdemokraten mögen sehen, wo sie bleiben. Noch mehr verdienen solche Landwirte, die Saatgut aller Art oder Rüben bauen. Sie können mit ihren Lieberschüssen ganze Halbkreuzbataillone ausrüsten und Wörberorganisationen unterhalten. Aber für ihre Arbeitskräfte haben sie nichts übrig. Sie bezahlen den „Knecht“ nicht besser als den Anstreiber. Ja, die letztern werden oft noch schlechter behandelt. Was man diesen Leuten zu bieten magt, zeigt folgendes Beamtengefuß im Abendblatt der „Deutschen Tageszeitung“ vom 30. Juli. Es lautet:

Für sofortigen Antritt suche energische 1. Beamten mit 2jähr. Beamtenfähigkeit für 1200 Morgen Mühlen- und Saatgutbetrieb. Angeb. mit Lebenslauf (Wilder, Rückmarke), keine Animo-Verträge, Franke, Wallhausen (Hefme).

Dieser Franke in Wallhausen a. d. Helme fordert also von jedem Bewerber Einlage des Rückports. Aber es fällt ihm gar nicht ein, zu antworten. Nur der eine, der Auserwählte, bekommt Bescheid. Die Marken des andern legt Franke in seine Portoflasche. Und an diese Sorte von Staatsbürgern appellieren die Reichsinstanzen, damit sie freiwillig den Städten die Nahrungsmittel liefern, die nötig sind, damit die Massen nicht in Not und Elend versinken angesichts gefüllter Viehställe und Kilometerweiter Kartoffelbreiten.

Bergweifelte Hausfrauen.

Ungehindert und ungehemmt wuchert auf die vielfach bereits rat- und hilflos und mit tränenden Augen von einem Leben zum andern irrenden Hausfrauen die Lebensmittelnot hernieder. Wenn der Mann von der Arbeit nach Hause kommt, soll ein schmachtendes Essen auf dem Tische stehen. Fleisch wird vermullich kaum mehr auf einem Tische der arbeitenden Bevölkerung stehen, denn die Preise bewegen sich kaum noch unter 100 000 Mark für das Pfund. Das würde für nicht wenige den Verdienst eines ganzen Tages ausmachen.

Wenn aber kein Fleisch auf den Tisch kommt, dann muß wenigstens Fett vorhanden sein. Aber auch das ist nicht mehr da. Wie stellt man sich eigentlich in den Büreaus der Reichsministerien, die das alles kommen sehen mußten, unter solchen Umständen den Fortgang der produktiven Arbeit vor? Glaubt man, ein industrieller Arbeiter könne die Kraft zu seiner Arbeit aus Wassergrüpfen und in Wasser gebühtem Gemüse ziehen, derweilen aus den Küchen der Luxushotels und Schlemmerrestaurants unentwegt die verlockendsten Fleisch- und Fettbünste aufsteigen? Wenn die Fettnot nicht schleunigst behoben wird, können sich die allernüchternsten Folgen daraus ergeben.

Die Kommunisten haben bewiesen, daß, wenn sie wollen, sie auch ruhig und manisch demonstrieren können. Die Behörden haben bewiesen, daß sie Bewölkung und Geschäftslente gegen Uebergriffe schützen können. Der Einwurf, daß die Verkäufer und Händler sich nicht mehr trauen, wegen Plünderungsgefahr Lebensmittel nach den Städten einzuführen, fällt weg. Also heran von außerhalb mit den Nahrungsmitteln! Und wenn die privaten Händler und Geschäfte angeblich keine „Traute“ mehr haben, dann bleibt eben nichts andres übrig, als daß sie in Kriegszeiten der öffentlichen Hand, d. h. den Gemeinden übergeben wird, die sie dann in geeigneter Weise verteilen lassen können.

Mag- und Moritz-Politik.

Die „Magdeburger Tageszeitung“, das Organ der Gelben und Sakentzueger, nimmt auch „Stellung“ zur Lebensmittelknappheit. Zeugnen kann sie die Tatsachen zu ihrem großen Leidwesen nicht, aber sie versteht es dafür, die wahren Schuldigen der Not zu bedecken und die nationalitätlichen Instinkte aufzupeitschen. Man lese:

Um unserer heutigen Abwehrfront nicht dasselbe Schicksal wie der Front von 1918 zu bereiten, muß mit aller Schärfe betont werden, daß nicht deutsche Industrielle, nicht der deutsche Handel oder die deutsche Landwirtschaft die Ware zurückhalten“ oder sonstwie schuld sind an der Leuerung und Knappheit. Schuld ist allein der Landeseind, dem wir die neue Blockade zu verdanken haben, die Blockade der Markenterkung, die uns die Einfuhr von Lebensmitteln — Fleisch, Mehl, Margarine usw. — nur zu ganz ungeheuerlichen Preisen gestattet, und die darum nicht minder schwer gewertet werden muß als die Blockade von 1918.

Man kann den Landeseind so schwarz malen wie man will, aber die Blockade der Mark ist nicht sein Werk, sondern das ureigenste „Verdienst“ der Cuno-Gelferrich-Regierung. Wenn die schon der Mährbesetzung nicht ausweichen konnte oder wollte, so hatte sie die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, diesen Krieg anders zu finanzieren, als den von 1914—18. Durch Steuern nämlich, die die Kriegskosten decken. Ein glänzendes Beispiel für diese allein richtige Art der Kriegsführung hatte ihnen der Feind England gegeben, dessen Valuta heute trotz vierjährigen Krieges und großer Arbeitslosigkeit glänzend ist. Statt dessen ließ man die Notenpresse arbeiten mit dem Erfolg, daß die Mark auf beinahe 0,0 angelangt ist. Die Industrie, der Handel und die Landwirtschaft, deren prominente Männer sich doch anmaßen, die allein echten Wirtschaftsführer und Aufbauer zu sein, haben sich aus allerengsten Geldbeutelinteressen diese Wirtzchaft wohl gefallen lassen und sind noch heute zum allergrößten Teile Rußnießer der fürchterlichen Zustände. Nur die kleinen Erzeugnisse gehen daran zugrunde. Insofern tragen sie an dem heutigen Elende die Mitschuld.

Das blöde Geschrei von dem Feind ist für die ganz Dummen, die nach dieser Redaktionsleistung der „Tageszeitung“ in ihrer Reflexhaft ja eine große Mehrheit bilden müssen, sonst könnte man nicht wagen, ihr solche Mag- und Moritz-Politik vorzusetzen.

— Durchschnittspreise für Gas und Strom. Nach der Ankündigung im Inzeratenteil der gestrigen Nummer hat der Magistrat den Preis für Gas auf 14 200 Mark für das Kubikmeter und für Strom auf 18 300 Mark für die Kilowattstunde festgesetzt. Als Durchschnittspreise für den Verbrauch in den letzten 4 Wochen kommen daher in der Woche vom 6. bis 12. August bei der Ablesung durch den Gasmann für Gas 8400 Mark für das Kubikmeter und für Strom 11 800 Mark je Kilowattstunde zur Erhebung.

Der Wochenmarkt bot am Mittwoch ein etwas äppigeres Bild als seine Vorgänger. Es gab reichlich Kartoffeln, Kohl, grüne Bohnen und andres Gemüse, auch Gurken wurden feilgeboten, das Pfund zu 30 000 Mark, was immer noch billiger war als Schellfisch, der 45 000 Mark kostete. Der Andrang zu den Kartoffeln war stark. Verlangt wurden 5800 bis 6000 Mark das Pfund. Kohl kostete die Kleinigkeit von 12 000 bis 13 000 Mark das Pfund. Für einen Kopf Kohlrabi wurden 2000 Mark verlangt. Auf dem Obstmarkt war durchaus kein Mangel; nur schade, daß der Mensch von Kirchen, Stachel- und Johannisbeeren allein nicht leben kann. Die Preise bewegten sich im Rahmen der Vorwoche. Sauerkirschen wurden mit 12 000 Mark das Pfund bezahlt. Für ein Pfund Birnen mußten 11 000 Mark, für ein Pfund Zwischeln 7000 Mark angelegt werden. Zitronen gab es für 9000, 10000 und 11000 Mark das Stück. Der Fleischmarkt war nur spärlich besetzt. Die vorhandenen Vorräte waren gegen Mittag geräumt. Die Preise schaut man sich fast belanztugeben. Schweinefleisch kostete 110 000 bis 120 000 Mark, Rindfleisch sogar 140 000 Mark je Pfund. Die Wurstpreise bewegten sich zwischen 140 000 und 180 000 Mark das Pfund, Lunge 80 000 Mark. Heringe und Handläse 5000 Mark je Eisk. Eier und Butter bleiben weiter verschunden. Die Banknoten wechselten händelweise ihre Besitzer.

Der Parteibeitrag.

Nach dem Beschluß des Bezirks-Parteitag beträgt der Parteibeitrag für August wöchentlich für Männer 6000 Mark, für Frauen 3000 Mark.

Als Marken werden die schon an die Ortsvereine versandten Marken benutzt. Jede Marke mit dem Verkaufsdruck 2000 Mark muß für 6000 Mark, jede Marke mit dem Verkaufsdruck 1000 Mark muß für 3000 Mark verkauft werden. Die Marken für Juli sind sofort mit den Unterkassierern abzurechnen. Die Ortsvereinsleitungen haben für strengste Kontrolle zu sorgen. Auch müssen die Ortsvereine sofort an den Bezirk das Geld für Juli einsenden. Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg-Anhalt. Der Bezirksvorstand. J. A. Gustav F e r l.

Für die Bezirke Salbte und Westerschüssen findet am Donnerstag den 2. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“, Westerschüssen, eine öffentliche Elternversammlung statt. Der Zweck ist Ausbau und Förderung unserer weltlichen Schule. Auch soll zur Gründung einer Ortsgruppe der freien Schulgesellschaften Deutschlands geschritten werden. Pflicht aller Eltern, die für die freie weltliche Schule eintreten, ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Nach ein Appell. Der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft erklärt auch einen Rufus an die deutschen Landwirte. Er klingt in folgender Mahnung aus: „Helft das alles, was ihr an Getreidemehl des Landes zum Verkauf stellen könnt, unverzüglich geliefert wird und in die Hand der Verbraucher gelangt. Die in der allernächsten Zeit zu erwartende Herausgabe einer wertvollen Anleihe soll euch in die Lage versetzen, den Erlös so anzulegen, daß er euch zur Fortführung eurer Wirtschaft erhalten bleibt. Helft dem Vaterland, ihr helft damit auch den deutschen Landwirten!“ Geflucht wird in dem Rufus auch. Insofern als darin gesagt wird, daß da, wo schon Korvate zur Verfügung stehen ihre Beförderung durch Streike im Transportverwerbe verzögert worden sei. Von solchen Streiken ist weder uns, noch den beteiligten Arbeiterkreisen etwas bekannt. Es hätte doch viel näher gelegen, wenn an den durch die schädliche Bezahlung der Landarbeiter hervorgerufenen Ausständen etwas gesagt worden wäre. Aber darüber schweigt die Höflichkeit der großagratischen Sängergesung.

Erneute Kohlenpreiserhöhung. Infolge Erhöhung der Wertspreise sowie der sonstigen Ankosten erhöht sich der Preis für 1 Zentner Braunkohlenrisikts am 2. August erneuert folgendermaßen: ab Lager 92 000 Mark frei vora Haus (bei Mengen von 1 bis 4 Zentner) 100 000 Mark (bei Mengen von 5 bis 20 Zentner) 99 500 Mark (bei Mengen über 20 Zentner) 99 000 Mark.

Mieterhöhung. Für laufende Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Kosten für Tapezieren bezw. Anstreichen oder Rollen der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen sowie die Kosten für die Instandhaltung der Badeeinrichtung beträgt der feste Zuschlag ab 1. August d. J. 10 000 Prozent. Das Mietverhältnis ist berechtigt, auf Antrag des Hauswirts und nach Vorlegung der Belege den Zuschlag bis auf 30 000 Prozent zu erhöhen.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Salbte-Westerschüssen. Donnerstag den 2. August, abends 7 1/2 Uhr. Elternversammlung im „Deutschen Haus“. Erscheinen der Eltern unbedingt notwendig. Republikanische Notwehr, Abt. Wilhelmshafen. Am Donnerstag abend pünktlich 1/2 Uhr Zusammenkunft. Alle müssen erscheinen. Bezirkskassierer. Freitag den 3. August, abends 6 Uhr. Sitzung im Parteibureau. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Arbeitsgemeinschaft weltliche Schule. Freitag den 3. August, abends 1/2 Uhr, Sitzung im Parteibureau.

Die Schlichtungsausschüsse sollen ohne Amtschimmel arbeiten. In den im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten „Richtlinien über die Möglichkeiten der Erhaltung der Kaufkraft des Arbeitsentommens“ hat wie der Amtliche Preisdienst Preßdienst mitteilt, der Minister für Handel und Gewerbe die Demobilisierungskommission erwidert, die Schlichtungsausschüsse in geeigneter Weise auf die große Verantwortung aufmerksam zu machen, die angeht die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf ihnen ruht. Insbesondere müssen sie bei es in dem Erlaß, die Schlichtungsausschüsse mehr denn je alles daran setzen, dem Ertrichen der Gewerkschaften mit der größtmöglichen Beschleunigung nachzugehen, damit die Gewerkschaften in der Lage sind, den Ausbruch wilder Arbeitskämpfe zu verhüten; es geht unter keinen Umständen an, daß Schlichtungsausschüsse, wie dies in der letzten Zeit dem Minister berichtet worden sei, Anträge der Arbeitnehmerverbände in Gesamtschlichtungen zunächst in Absicht dem Antragseger zur Auserkung zurehen ließen. Das Schlichtungsverfahren lege voraus, daß zwischen den Parteien bereits fruchtlos verhandelt worden sei; daher sei auf Antrag der Verbände sofort die Gegenpartei unter Venugung aller technischen Hilfsmittel (z. B. Zeitungsdruck, Post) auf den nächstmöglichen Termin zur Verhandlung zu laden. Bezüglich der Beschleunigung des Verfahrens, betreffend die Verbindlichkeitsklärung von Schadenssprüchen, verweist der Handelsminister auf seinen Erlaß vom 16. Mai d. J., in dem zur Vermeidung von Verzögerungen ebenfalls dringend um die Venugung aller Hilfsmittel ersucht wird.

Keine unnötigen Eingaben an die Versorgungsämter. Die Versorgungsämter sind zurzeit mit der Umrechnung der Renten für die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen dem neuen Abänderungsgeleß beschäftigt. Es wird mit allen Anträgen auf eingewirkt, daß die Umrechnungen möglichst bis Ende September d. J. durchgeführt sind. Das ist aber nur möglich, wenn andre nützlich bringende Angelegenheiten zurückgestellt werden, wenn die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen selbst persönliche Auskünfte nur in ganz dringenden Fällen einholen und auch von schriftlichen Eingaben — besonders um beschleunigte Umrechnung — in dieser Zeit möglichst Abstand nehmen. Dadurch dienen sie ihrem eignen und dem Interesse der Gesamtheit und tragen selbst zur Beschleunigung der Umrechnung bei.

Die städtische Badeanstalt, Große Schulstraße 5/6, ist wieder geöffnet. Badezeit ist Montag bis Donnerstag von 12 bis 6 Uhr, Freitag und Sonnabends von 11 bis 7 Uhr.

In der Freibank im Schlachthof findet Verkauf von rohem Rindfleisch statt, und zwar: am Donnerstag den 2. August, vormittags 9 bis 11 Uhr, und am Sonnabend den 4. August, vormittags 9 bis 11 Uhr, und nachmittags 3 bis 5 Uhr.

100 Jahre Brauerei Bodenfein. Auf ein hundertjähriges Bestehen kann am 3. August die Brauerei Bodenfein zurückblicken. Sie wurde im Jahre 1823 vom Kaufmann und Gutsherrn August Lebercht Bodenfein auf dem Bodenfein'schen Gutshofe an der Sieberstraße errichtet. 1886 wurde die Brauerei in eine Aktien-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 200 000 Mark umgewandelt. 1918 ging der Betrieb der Budauer Dampfbräuerei Reichardt und Schneiderin auf die Brauerei Bodenfein'schen Aktien-Gesellschaft über, die nunmehr den gesamten Betrieb auf dem Brauereigrundstück in Magdeburg-Neustadt vereinigt hat.

Gestohlen wurde: aus einem Lagerkeller in der Stolzestraße 3 Säcke mit Windegar und 3 Zentner Weizen in Säcken.

Festgenommen wurden: der beim Diebstahl eines Fahrrades in der Otto-von-Guerike-Straße abgefaßte wohnungslose Arbeiter Karl L. aus Gisleben. Bevor er seinen Raub in Sicherheit bringen konnte, gelang es dem Bestohlenen und einigen Zivilpersonen den Spürhunden zu fassen und ihm seine Beute wieder abzunehmen, worauf er der Polizei übergeben wurde; der hier, Fürstenstraße, wohnhafte Tischler Friedrich B. wegen Betrugs- und Diebstahlsverdachts; der Arbeiter Hans W. aus Halberstadt wegen Verbrechens gegen § 176 des R.-St.-G.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Stichtagsvortrag über Nürnberg am Freitag abend 1/8 Uhr im Frankentempel, Eintritt 200 Mk. — Baden Sonnabend 7 bis 1/2 Uhr, Eintritt 300 Mk. Bei uns: Kern und Bier. — Sammelstellen sofort im Sekretariat abrechnen. — Aufnahmegebühr ab 1. August 1000 Mk. — Fahrgeld für Nürnberg bis spätestens Montag im Sekretariat abliefern. — Fahrgeld für

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Viktoria-Theater. Wochenplan. Donnerstag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Frau vom Meer. — Freitag (Vorstellung für den Gewerkschaftsbund der Angestellten): Die Ehre. — Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Ehre. — Sonntag (offene Vorstellung): Der thüne Schwimmer.

Bereine und Versammlungen.

Deutscher Baugewerkbund. Die Baugewerkschaft Magdeburg hielt am 22. Juli die Generalversammlung im „Arztsof“ ab. Kollege Heimann gab den Geschäftsbericht. Im Anfang des Jahres wurden die Bauarbeiter durch die Ausbesserung und durch die planlose Wohnungsbauewirtschaft besonders schwer getroffen. Die Zahl der Erwerbslosen wuchs ständig. Die Stabilisierungsfaktion war für die Unternehmer ein Signal, keine Lohnerhöhungen zu bewilligen. Jede Lohnerhöhung brachte Verschlechterungen des Reallohns. In Warth, Dessau und Halle konnten durch Streike die größten Verschlechterungen abgewehrt werden. Wir haben unter dem Druck der Verhältnisse den Lohnvereinbarungen und Tariflohnantwörpungen zustimmen müssen, nur gewerkschaftliche Arbeit kann den Unternehmern troh brechen. Bevor es zur Arbeitseinstellung kommt, muß die Organisation gehört werden. Nur den Bemühungen des Bundes ist es gelungen, daß die Arbeitsstelle in Warth, wo 2000 Bauarbeiter beschäftigt waren, wieder erschlossen ist. Die Beitragsleistung muß einheitlicher werden. Kollege Lange berichtete über die Tätigkeit für die Arbeitseinstellung, den Bauarbeiterklub, den Ausbau der Fachgruppen und über das Bundeslegiertenwesen. Die Abrechnung für die beiden Quartale lag gedruckt vor. In der Aussprache wurde die Arbeitseinstellung in Warth eingehend erörtert. Kollege Koch gab der Meinung Ausdruck, daß schon bei der ersten Forderung auf Wirtschaftsbefähigung die Maschinenwerke den Betrieb stilllegen wollten. Forderungen auf Wirtschaftsbefähigung für einzelne Baustellen kann die Organisation nicht vertreten, wir müssen für alle Baustellen die Abgeltung der Leuerung verlangen. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Unter Verbandsangelegenheiten ging Kollege Koch auf die Beschlüsse der letzten Bundesversammlung ein. Die Kampfkraft der Organisation muß gestärkt werden. Die Bauarbeiter müssen bei dem Kampf um den wertbeständigen Lohn mit an erster Stelle stehen, das geht ohne Kampf nicht ab. Die Streikunterstützung ist mit der neuen Verrechnung wesentlich verbessert, das erfordert neue Mittel. Der Beitrag muß immer dem Stundenlohn angepaßt werden, von der 31. Beitragswoche an soll 5 Wochen ein Doppelbeitrag geleistet werden, wovon zwei Fünftel dem Bezirk zur Verfügung stehen. In einer Aussprache wurde von der Leuerung verlangt, durch Kampf den Reallohn an die Leuerungswelle heranzubringen. Ein Antrag der Zahllosen Rogatz auf Ausschluß der Mitglieder Wilhelm Hoffmann und Ernst Reppin wegen verabschiedungsbedingten Verhaltens wird einstimmig angenommen. Weiter beauftragt die Vertreterversammlung den Vereinsvorstand und Beirat, für die benötigten Invaliden und Erwerbslosen im 4. Quartal einen Extrabeitrag auszusprechen und die Verteilung zu beschleunigen. Ein Antrag auf Beteiligung an der gemeinsamen Kundgebung gegen den Faschismus fand, nachdem ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt war, ohne Debatte Zustimmung. (Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Ihre Stuhlberstufung

müssen Sie befechtigen. Wir raten Ihnen, 30 g Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1—2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Hof-Apothek, Breiter Weg 158.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schließelzahl der Buchhändler z. Jt. 30 000. Wieder vorrätig: A. Menzel: Graphische Kunst, Grundr. 8 Mk. — A. v. Rollet: Erläuterungen, Briefe und Dokumente von 1877 bis 1916, Grundr. 12 Mk. — G. Faub: Die Leute vom Habborn, Grundr. 15 Mk. — A. Meier: Grafle: Spanische Reife, Grundr. 6 Mk. — O. Samann: Bilder aus der letzten Kaiserzeit, Grundr. 7 Mk. — G. Reiter: Reife-Kämpfe, Grundr. 1,50 Mk. — L. v. Stein: Geschichte der sozialen Bewegung, 3 Bände, Gansleben, Grundr. 12 Mk. — Seinig: Bodenbau, der Kampf um den Kronbesitz, Bildum II, Grundr. 2,90 Mk. — A. Reuburger: Leitende Wissenschaft, Grundr. 22 Mk. — Sven Selbin: Von Bergen von Ufen, 2 Bände, Gansleben, Grundr. 35 Mk. — Schneider: Himachal der Gemälde, Grundr. 0,50 Mk. — Marmeladen und Marmeladensatz, Grundr. 0,25 Mk. — Fruchtverarbeitung, Grundr. 0,25 Mk. — Einmachen der Früchte, Grundr. 0,25 Mk. — Bollenfische. Zwingen und die wirtschastlichen Verhältnisse nicht, gerade wegen ihrer Härte eine Versicherung bei der Vorkaufvergabe abzugeben. — Aufkauf in der Buchhandlung Volksstimme.

Nachrichten aus der Provinz.

Die Bezirksvorstandswahl.

Das Ergebnis der Wahl zum Bezirksvorstandes war folgendes: Vant 71 Sinnich, Volkmann 71, Günther 71, Tittel 71, Fabian 70, Wuj 70, Brandenburg 64, Koch 55, Wolf 52, Schulz 44.

Die ersten neun Genossen sind somit gewählt.

Die Wahlprüfungskommission.
J. A. P. Matthes.

Achtung, Landarbeiter!

In der Sonntagnummer der kommunistischen „Tribüne“ wendet sich wieder einmal die Thomassche Karolenschifferei, genannt Hüner-Ausflug, an die Landarbeiter im Gau 3 mit einer Einladung zu einer Landarbeiter-Konferenz. In dem Aufruf erklärt Thomas, daß sich der Hüner-Ausflug an die Arbeiter mit einer Forderung des Inhalts gewandt habe, den Wochenlohn des vollwertigen Landarbeiters in Höhe einer Menge Roggen von 1 1/2 Zentnern zu setzen. Er verschweigt jedoch, daß die Arbeiterorganisationen seinen Statut nicht einmal einer Antwort gewürdigt haben.

Weil Thomas anscheinend nun befürchtet, daß das um ihn befindliche Widerband in seiner ganzen Bedeutungslosigkeit entlarvt werden könnte, versucht er wieder einmal, die Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes als Vorwand für seine egoistischen Bestrebungen zu benutzen. Kollegen, fällt nicht auf den faulen Zauber dieser Zerplitterer herein! Denkt daran, daß sie auch im vorigen Winter erklärten: Jetzt können wir ja noch nichts machen, aber wenn das Frühjahr kommt, dann werden wir mit Kampfmitteln unsere Forderungen durchsetzen! Das Frühjahr kam, aber die Thomas, Peter und Genossen hatten den Termin jedenfalls verschlafen! Jetzt sind sie wieder weg geworden und Thomas redet davon, daß die letzte Lohnhöhung von 100 Prozent (er meint augenscheinlich die Zulage vom 18. Juli) nicht als ausreichend bezeichnet werden könne. Die wirkliche letzte Zulage, die vom 27. Juli, die uns 200 Prozent brachte, hat Thomas wieder einmal verschlafen, obwohl er nur auf Grund unserer Befähigung einen höheren Wochenlohn eintritt. Wenn es nur auf die Tätigkeit seines Verbändchens ankäme, wäre er bestimmt bereits verhungert!

Kollegen, nehmt diese Vortragsredner als das, was sie in Wirklichkeit sind: Als unfreiwillige Witzbolle! Verteil sie so, dann werden sie schnell an ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit zugrundegehen.

Die Ausleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Landgemeinden und Landbund.

So manchem Gemeindevorsteher in den Kreisen Neuhaßleben, Schönewald und Wolmirstedt wird es eigentümlich erscheinen sein, daß er durch den Landbund zu einer Versammlung der Gemeinde- und Gutsvorstände einladen wurde. Natürlich waren auch verständnisvoll und nicht weniger dem „Ause“ gefolgt. Im Landbundeshaus, Neuer Weg in Magdeburg, sollten am 17. Juli die Gemeindevorsteher bzw. die Landgemeinden für den Landbund mobil gemacht werden. Dazu war der Landrat a. D. Dr. Gerde, weiland 1. Vorsitzender des Verbandes preussischer Landgemeinden, beordert worden. Er sprach darüber, was der Verband der Landgemeinden will. Die Städte, besonders die Großstädte, führte er an, haben schon durch die Kreisverfassungen ihrer Einwohner ein solches Uebermaß und Einfluß auf die Kreisverfassung. Trotzdem haben sie noch durch ihre besondere Organisation, den Städte-Tag ihren Einfluß so weit getrieben, daß bereits im Reichsministerium einer ihrer Vertreter ist, nämlich Herr Dr. Puhler. Dieses Ziel müssen die Landgemeinden auch erstreben.

Ein Kapitel, das gar nicht nach dem Geschmack des Herrn Dr. Gerde ist, sind die Steuern. Die Finanzämter in den Landgemeinden ist fürchterlich. Deshalb müssen die Landgemeinden (und die Landwirte) beim Steuerzahler geschont werden. Die Jagdsteuer, die jetzt von den Kreisen erhoben wird, kommt den Städten zu Gute. Die Steuer, wenn sie schon erhoben wird, muß in den Gemeinden bleiben. Auch der Beitrag in den Schulverbänden wird jetzt die und da einem Lehrer übertragen. Das darf nicht sein. Die neue Landgemeindevorbereitung bringt die Landbürgermeister in die Landbündel. Aber der Landbündel muß den Gemeindevorsteher beherrschen. Und die Beherrschung verlegt dann kann der Oberpräsident oder weiterer einen Kommissar entsenden. Das ist nicht anders als in der Herr Gerde, daß in ein Landbündel nicht einmal Kommissar gehen zu sein braucht. Es ist mit dargebracht, daß er die erwiderte Befähigung haben muß. Das ist die auf dem Gebiet der Verwaltung erworben sei nach der Forderung durchaus nicht erforderlich, es kann sich jeder die Befähigung auf andere Gebiete erwerben, z. B. auf dem Gebiet „Agitation“!!! Dem Berg Geld nun werden solche Landbündelmeisterinnen ver-

schicken? Da ist der Landbündelmeister, ein Sekretär; wenn der Landbündelmeister sein Verwaltungssachmann, sondern ein „Agitator“ ist, sind gar zwei Sekretäre erforderlich. Dann ein Registrator, einige Schreibkräfte, ein Amtsdienstler usw. Dann brauchen diese auch Bureauräume und vor allem auch landesgemäße Wohnungen. Dann muß der Landbündelmeister auch seine Gemeinden besuchen. Wenn er dazu auch nicht das bekannte landläufige Auto braucht, so muß doch wohl immerhin Pferd und Wagen sein. Und das alles auf Kosten der Landgemeinden (des Landwirte). Auch an der Vorlage einer neuen Kreisordnung hatte der Herr Landrat a. D. allerlei auszuwählen. So gefiel es ihm gar nicht, daß danach der Landrat nicht gewählt, sondern vom Minister des Innern ernannt werden soll. Also scheint der Herr Landrat a. D. doch damit zu rechnen, daß in Preußen das Ministerium des Innern auch zukünftig nicht von einem Landbündler besetzt sein wird. Auch die Besetzung des Ministers, nach der Vorlage, den Kreisen vorzubereiten zu können, daß sie erst, zu ihren amtlichen Befähigungen ein eigenes Mitteilungsblatt herausgeben müssen, dürfte auf keinen Fall Geleg werden. Die amtlichen Kreisblätter hätten sich bewährt und seien bedeutend billiger. Schließlich hätten diejenigen, welche die Mittel der Kreisverwaltung aufzubringen haben, auch das Recht zu verlangen, über die Art der Ausgaben zu befinden. So war der dreistündige Vortrag von A bis Z eine einzige Polemik gegen das Uebermaß der Städte, gegen die demokratische Regierung und für die Errichtung einer ländlichen Regierung mit Hilfe des Landgemeindevorstandes.

An der Aussprache beteiligten sich die Gemeindevorsteher Bieffer (Wolmirstedt), Jakob (Langenweddingen) und Grimm (Verlingen). Während die beiden ersten die Organisation des Verbandes kritisch beleuchteten und hervorhoben, daß gerade die größeren Landgemeinden welche Mitglieder der alten Verbände waren, aus welchen der heutige Verband der Landgemeinden entstanden ist, nicht mehr als Mitglieder des Verbandes geführt werden, man hat sie einfach überzogen, ging Grimm auf den Vortrag des Landrats a. D. ein. Es habe ihn etwas bedrückt, daß eine Besetzung des Verbandes der Landgemeinden durch den Landbund eintreten würde. Der Landbund ist doch, wenn man von seiner politischen Einstellung absehen wolle, eine wirtschaftliche Organisation, der Landwirte. Es sei doch ein Umding, daß eine kommunale Organisation an der alle Berufsstände interessiert seien, von einer so einseitig eingestellten wirtschaftlichen Organisation aus Schlepptau genommen werde. Besonders dann wenn diese Organisation ihrer gegenteiligen Behauptung sich auch politisch und hier wieder antidemokratisch hervortragend betätigt. Vorher habe der Landbündel nicht annehmen können, daß der Verband sich des Landbundes nur bedient habe, um technisch eine Verammlung mit möglichst wenig Kosten zustande zu bringen. Aber diese Illusion habe der gehörte Vortrag zertrümmert. (Hier wurden die Herren am Vorhändeltisch schon nervös. Der Redner wurde unterbrochen und gemahnt, sich kurz zu fassen.) Grimm erklärte, wenn es den Herren so unangenehm wäre, seine Ausführungen mitanzuhören, so könne er auch auf Weiterreden verzichten. Dann sei der Beweis erbracht, daß manches doch recht einseitig beleuchtet sei. Das wollten die Herren doch nicht.

So führte Grimm weiter aus, es gäbe allerdings eine ganze Reihe Fragen in den Landgemeinden, die diese in einer Organisation besser lösen könnten, als jede einzelne für sich. Vor allen Dingen aber dürften auch die Landgemeinden nicht vergessen, daß sie nur Glieder der großen deutschen demokratischen Republik wären. Die Interessen der Landgemeinden oder gar nur eines Standes in den Landgemeinden dürften nicht über das Wohl des Ganzen gestellt werden. So gäbe es eine große Anzahl recht armer Gemeinden. Wenn man jedes Aufkommen an Gemeindefiskus nur der betreffenden Gemeinde belassen wolle, so würden die armen Gemeinden zusammenbrechen. Daher sei es nur richtig, daß Steuern, die Reichum und Luxus treffen, wie z. B. die Jagdsteuer, durch die Kreise erhoben werden, so daß auch die ärmeren Gemeinden entlastet werden. Ja, wenn die Landgemeinden allgemein in das Klagebild von der Finanznot der Gemeinden mit einmünden. Wenn in den vorwiegend agrarischen Landgemeinden die Grundsteuer in dem gleichen Maße herabgesetzt würde, wie die Preise für landwirtschaftliche Produkte gestiegen sind, dann hätten viele ländliche Gemeinden keinen Grund, von Finanznot zu reden. Ganz abgesehen davon würde in den Städten und großen Industriegebieten doch für Kultur- und soziale Aufgaben verhältnismäßig bedeutend mehr aufkommen als in den Landgemeinden.

Daß die Landbündelmeister gegenüber dem heutigen Zustand einen Fortschritt bedeuten, muß jeder zugeben, der ehrlich und mit offenem Auge die ländlichen Kommunalangelegenheiten beobachtet. Die Kostenberechnung des Vortrages waren einseitig und falsch. Wenn schon der erforderliche Apparat aufgestellt dargestellt wurde, so sind aber auf der anderen Seite die ersparten Kosten im Kreise und in den Gemeinden nicht berücksichtigt. Schließlich kommt es ja auch nicht darauf an, ob eine neue Einrichtung Geld kostet, sondern daß die Gegenleistung der neuen Einrichtung das aufgewendete Geld wert ist. Das Gerde bei seiner ganzen Einstellung immer wieder so sehr das Selbstverwaltungsrecht der Landgemeinden hervorhebt, beachtet doch eigentlich, wenn man schon Demokratie will, müsse man sie überall wollen. Im Staate bekämpft er sie, indem er der großen Masse der ländlichen und industriellen Bevölkerung ihren Einfluß

weitzug machen möchte, in der Landgemeinde ruft er nach mehr Demokratie. Diese Stellung des Redners in Verbindung mit seinem Standpunkt zur Kreisblattfrage und verschiedenen andern berechtigt zu dem Schluß, daß man hofft, mit der politisch weniger geschulten Landbevölkerung der demokratischen Entwicklung im Staate einen Damm entgegenzusetzen zu können. Deshalb sollten sich die Gemeindevorsteher hüten, sich einem Verband anzuschließen, der bezweckende Ziele verfolgt.

In seinem Schlußwort beklagte sich der Herr Landrat a. D. darüber, daß es eine „gewisse Richtung“ der Diskussionsredner nicht unterlassen könne, „politisch“ zu argumentieren. Diese seien ja auch nicht gekommen, um „politisch“ mitzuarbeiten, sondern nur, um zu kritisieren.

Unterbezirke Neuhaßleben-Wolmirstedt.

Ovenstedt. Der Parteibereich hält am Freitag abend 8 Uhr bei Walter Ehre eine Mitgliederversammlung ab. Sie wird überaus interessant werden, so daß sich die Genossinnen und Genossen wohl endlich einmal einfinden werden. Jeder der irgendwie Auskunft wünscht, kann sie am Freitag in der Versammlung erhalten. Es wird Zeit, daß sich die Ovenstedter aus ihrer Gleichgültigkeit aufraffen.

Dahlenwardleben. Kinderfest. Am Sonntag den 5. August veranstaltet die Arbeiterkassette am Orte ihr diesjähriges Kinderfest. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage soll besonders den Kindern eine Freude bereitet werden. Es wird daher allen zur Pflicht gemacht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Schnarleben. Gefährdung der Brotversorgung. In dieser Zeit scheint die Brotversorgung der arbeitenden Bevölkerung sich zu einem öffentlichen Skandal auszuweiten zu wollen. Nicht nur, daß die Belieferung der Einwohnerkassette der Menge nach völlig ungenügend ist, auch die Beschaffenheit des Brotes ist derart, daß man es eher als Schweinsfutter, denn zur menschlichen Nahrung geeignet, bezeichnen muß. Woran liegen diese besorgniserregenden Zustände? Gewiss, Gründe sind nun sofort mit der Antwort zur Hand: Der sozialdemokratische Landrat hat Schuld daran. Die Dinge liegen doch wohl etwas anders. In verschiedenen Gegenden ist die Landwirtschaft — hauptsächlich der Weizenanbau — ihren Verpflichtungen auf Ablieferung des Umlagegetreides nicht nachgekommen. Diesen Gegenden mußte daher auch von unser Kreiswirtschaftsstelle mit Brotgetreide ausgeholfen werden. Die Folge ist, daß unsere Väter nun nicht mit genügendem Wohl beliefert werden können. Es ist durchaus möglich, den Bedarf heißer Einwohner an Brotgetreide in der Gemeinde selbst aufzubringen, aber Patrioten, wie unsere Landwirte nun einmal sind, würde ein Brot aus diesem Getreide hergestellt, für einen Arbeiter überhaupt nicht zu bezahlen sein. Die Umlage ist erledigt, die freie Wirtschaft steht vor der Tür und die Regierung hat nicht die Macht, die Landwirte zur Abgabe von Brotgetreide zu zwingen. Und die Arbeiterkassette hungert und darbt. Arbeiter, wie lange noch? Gemeindevorsteher! Dem Antrage der Land-Feuer-Sozialisten wegen Umwandlung der bisher üblichen Versicherung in eine Festmarkversicherung wird zugestimmt. Die Reisekostenabfertigung des Gemeinde- und Amtsdienstes soll nach staatlichen Grundätzen geschehen. Der hiesigen Volkshilfe wird eine Beihilfe von 250 000 Mk. gewährt. Die Gemeindevertretung stimmt der Einziehung von Gemeindefiskal in 30jähriger Höhe des Steuerjolls von 1922 zu. Die Landbündelsteuer soll in Form von Rentenentwurf erhoben werden. Der Antrag auf Abänderung der Biersteuer wird fallen gelassen. Dem Siedler Otto Müller wird ein Darlehen zum Wohnungsbau gewährt.

Niederndobeleben-Schnarleben. Am Sonntag, den 5. August, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Käseber statt. Die Mitglieder der Republikanischen Rotwehre müssen 1/2 Stunde vorher erscheinen zu wichtiger Besprechung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Silberstein. Rat und Auskunft wird erteilt am Freitag den 3. August von vormittags 10 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr. Die Arbeiterkassette wird ersucht, von dieser Einrichtung recht regen Gebrauch zu machen.

Wölpe. Ein Sprechtag für Rat- und Auskunftserteilung findet am Donnerstag den 2. August von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

Kreis Gerichtsw. 1.

Burg. Lebensmittelknappheit. Seit etwa 8 Tagen sind in Burg keine Kartoffeln, seit Sonnabend kein Fleisch, keine Wurst und Magarine zu haben. Wo bleiben in diesen Tagen die zum Leben notwendigen Nahrungsmittel? An ein „Ausverkaufs“ glaubt doch kein Mensch. Gerade auf dem Lande scheint die „Hunger vor der Mark“ eine große Rolle zu spielen. Ein jeder sucht sich, seine Waren für Papiermark zu verkaufen, ob die Bevölkerung dabei zugrunde geht, das ist den Leuten ganz gleich. Die Stadtverwaltung sollte alles versuchen, der Jurisdiktion der Waren entgegenzuwirken, ehe es zu spät ist.

Burg. Als Unterfasser wird ein Parteigenosse benötigt, der sich beim Genossen Reimelt jun., Bürgermarktstraße 21 b, melden möge.

Von zehn bis zwanzig.

Konrad von Karl H. Meyer.

(2. Fortsetzung.)

Seit die Frau Reiterin im Saal lag, hatte der Lehrling die Arbeit übernommen. Immer feiner ward die Freundschaft zwischen Herd und Frau Prinzenberg.

Am letzten Sonntag hatte der Anthe etwas getan, das den Alten über die Wachen entsetzte.

In der Stube, wo er zu liegen pflegte, war an der Wand, fast in Kammerhöhe, ein ausgelegener Hirsch, der in seinen Antlitzen sich bis auf den Brustkorb reichte. Dieser Hirsch war der Ehrentrophäe für die Prinzenberg, die da einmal, die Hirsche dem Reine speideten, an einem Regal hing. Diesen Regal hatte Herd mit seinen Papieren besetzt. Da klopfte ihm der Alte auf die Schulter und sagte: Du bist ein tüchtiger Mann und wirst mal ein ganzer Mann werden! Dann hat er umständlich eine kleine Schuppe angedreht und hat unter dem alten Hirsch ein Bildchen angedreht, das er mit viel lächelnden Lippen dem Prinzenberg zeigte. Es zeigte das Bildchen einen Mann, der in einem roten Mantel, mit einem roten Hut, einen roten Stock in der Hand, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an.

Der Lehrling ging und hat ein paar Worte gesagt. Das Bildchen er nicht sieht, er sieht einen Mann, der in einem roten Mantel, mit einem roten Hut, einen roten Stock in der Hand, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an.

Er ging mit gelbem Kopfe nach unten. Die Wachen der Prinzenberg waren ihm ein paar Worte gesagt, das Bildchen er nicht sieht, er sieht einen Mann, der in einem roten Mantel, mit einem roten Hut, einen roten Stock in der Hand, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an.

Er ging mit gelbem Kopfe nach unten. Die Wachen der Prinzenberg waren ihm ein paar Worte gesagt, das Bildchen er nicht sieht, er sieht einen Mann, der in einem roten Mantel, mit einem roten Hut, einen roten Stock in der Hand, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an, einen roten Hut auf dem Kopf, einen roten Mantel an.

Wenige reize ihn nicht, schrieb er, aber das Feuer wahren Künstler-Straße kenne so mächtig in ihm, daß er nicht widerstehen könne. Vielleicht werde er zur Bühne. Wörtlich schrieb er:

— aber über die Leichtigkeit will ich erst Gewißheit haben. Du kennst ja den pedantischen Inspektor: Pfeitel, ich kenne Deine Mutter, und Du wirst wolens vollens in die Fußstapfen Deiner Mutter treten. Hal! Wenn ich noch Jahren, mit langem Haar und ausdrucksvollem Antlitz ihn besuchen werde — Wörtlich: Schick einen Brief und Deine Meinung! In Künstlerträumen Tag und Nacht Dein Josua.

Als Alexander angekammt hatte, konnte er nicht länger bei seinem Meister bleiben. Er mußte einem andern Lehrling Platz machen. Einen Gelehrten konnte der Meister nicht halten; das brachte seine Verdienste nicht ein.

„Hör“, sagte eines Tages der Meister zu ihm, „Optern wird es! Um die Neugierde herum schneidest Du Dein Bündel. Ein so junger Bursche gehen auf die Landstraße und durch die Welt! — Wörtlich, wenn ich noch einmal ein Junge wäre! — Die wollt ich danken!“

Als der junge Gelehrte zum Abschied jedem die Hand drückte, trat und Fingerringel an Arme, lag die Frau Reiterin wieder im Nachdenken. Sie zog ihre kleine Hand unter der hundertjährigen Faltdecke hervor und reichte sie matt dem Burschen hin. In ihren Augen, die keinen heischen Ausdruck zeigten, lag Bewegung.

„Hör“, sagte sie, „ich schneidest und denst manchmal an mich.“ Die Hand ihres Leibes lag auch im Ton ihrer Stimme. „Du, geh jetzt, Alex. Ich kann Dir die Tür nicht aufmachen, ich kann Dir auch zum Abschied keinen Koffer geben.“

Die Alex sah zu dem Keinen Kunde niederhängte und die hundertjährigen Faltdecke hin, schloß die Reiterin die Augen; sie waren tief und trüb.

Als der Bursche vor der Tür nicht leicht geworden, er hatte die Seite mit den vielen Kindern und ihrer Armut abgelesen.

Der Märzwind rief dem Wanderburschen den Hut vom Kopf. Sojoseph! Judgte er in toller Lust.

Mit seinem Stode langte er den Hut aus der Tiefe des Stragengabens, patzschaf, und schwang ihn durch die Luft, daß es jurend piff. Naß, wie er war, kühlte er ihn wieder auf den Kopf. Und rüftig ging es vorwärts.

Ganz frei war er, frei fühlte er sich wie nie im Leben. Hier kam es ihm zum erstenmal recht zum Bewußtsein: Kein Mensch in der Welt hatte ihm was zu sagen. Sein eigener Herr! Wie der Frühlingsturm, der über die Felder segte und die Wolken trieb.

Einem Bauer, der des Weges kam, grüßte er laut und übermütig. „Gut! Gut! Vater Bauer.“

„Lautstüb“, brumnte der vor sich hin, denn der Bursche ging auf einem Weg am Felde, der ihm gehörte.

Vorhauptig ging der Bursche weiter, den Hut in der Hand. Der Wind wühlte in seinem Haar, das lange nicht geschnitten war. Er fühlte sich wie ein rechter Handwerker auf Reisen.

Seine Reiter hatte ihm viel von seiner Wanderzeit erzählt, das hatte ihn mächtig angeregt.

So kam er an die Häuser eines kleinen Dorfes. Hier wollte er seine ersten Felderprobe machen. Es ist besser, hatte ihm der Meister gesagt, man kennt fischen, solange man noch ein Stück Geld in der Tasche hat; später, wenn Du mußt, geht's bitter.

Eine Frau stand am Gartentor und hing Wäsche zum Trocknen auf. Wie sie den Handwerker sah, sah ihr Haus zu kommen sah, ließ sie Garten und Wäsche im Stich und lief ins Haus. Ein Mädchen, das hinter ihr ebenfalls ins Haus hinein wollte, fand schon die Tür verschlossen. — Fürchteten sie sich vor ihm oder wollten sie ihm nichts geben und hatten nicht den Mut, ihn abzuweisen? Mit einem doppelseitigen Lachen ging er weiter. Er hatte sich das im Geiste anders ausgemalt. Freundlicher Gruß und Gegengruß, woher — wohin und glückliche Reise! So wie man's manchmal auf Bildern sieht. Die Wirklichkeit sah ihm mit andern Augen an.

Daß er am Abend in der Herberge das Hemd vom Schläfen gehen dem Herbergsknecht zur Durchsicht nach Ungeziefer vorzeigen mußte, war ihm unbekannt gewesen, auch daß er sich mit nassen Leib ins Bett legen mußte. Noch mehr aber war er überreicht, als er am andern Morgen seine Stiefel anziehen wollte, daß dort seiner neuen, feinen, rindsledernen ein Paar alte abgekämpfte Zanzschuhe vor seinem Lager standen. Wie seine Stiefel war auch der Herbergsknecht verschunden, der sich gestern abend mit ihm so freundlich unterhalten hatte.

Der Herbergsknecht zuckte die Schultern. „Waren's gute Stiefel! Die hätten Sie bei mir aufheben können. — Nichts zu machen!“ Dem jungen Fischer blieb nicht anderes übrig, als sich neue zu kaufen.

(Fortsetzung folgt.)

Kreis Kalbe.

Kalbe. Mitglieder-Versammlung der V. S. V. D. Beim Kassenerbericht wurde darauf hingewiesen, daß die Unterlassener die einlässigsten Gelder so bald als möglich an den Kassierer abliefern müssen.

Schönebeck. Gewerkschaftsfest. Die Gewerkschaftsgegossen rüsten sich, um am Sonntag den 3. August in den Räumen des Stadtparks ihr diesjähriges Gewerkschaftsfest zu begehen.

Stadtkreis Albersleben.

Albersleben. Streit und Ausperrung bei der Firma H. Besthorn dauern immer noch an. Am Dienstag handelte eine Anzahl Klagen, die mit dem Lohnkampf im Zusammenhang stehen, vor dem Gewerbegericht zur Erledigung.

Das Eisenbahnunglück bei Kreienzen

In den frühen Morgenstunden des Dienstag hat sich auf dem Bahnhofsgebäude von Kreienzen in der Provinz Hannover ein schweres Eisenbahnunglück ereignet.

Da in der frühlichen Nacht beide Pöge — der Hauptzug sowohl wie der Vorzug — übermäßig beladung waren, mußte der Vorzug einen außerplanmäßigen Halt in Kreienzen nehmen.

Der Lokomotivführer des D-Zuges zog zwar sofort die Schnellbremse, konnte aber nicht verhindern, daß der Zug mit großer Geschwindigkeit auf den stehenden Zug aufschlug.

Der Zusammenstoß war furchtbar. Mehrere Wagen und die Maschine des Hauptzuges türnten sich zu einer wüsten Masse bis zur Decke der Bahnhofshalle empor.

Die Katastrophe weist ebenso merkwürdige, wie jäharrige Einzelzüge auf, Zufälle, die oft an das Wunderbare grenzen. Der Unfall des Hauptzuges auf den Vorzug war so gewaltig, daß beim Vorzug sich der letzte Wagen unter den verletzten hob und die Achse direkt wegtrafiert wurden.

wurden der Postwagen und der Postwagen ebenfalls ineinander geschoben. Im Postwagen befanden sich acht Beamte, von denen auch nicht ein einziger im geringsten verletzt wurde.

Zur Zeit des Unfalls befanden sich mehrere Insassen des Vorzugs auf dem Bahnsteig, um sich die Hände zu waschen und zu promenieren. Sie sahen das nahende Verhängnis und schrien den Zuginsassen zu, auszufolgen.

Die Schuldfrage soll insofern als geklärt gelten, als festgestellt, daß der Lokomotivführer des um 11 Uhr von Hamburg abfahrenden D-Zuges das auf Halt stehende Signal überfuhr.

Von den in der Göttinger Klinik befindlichen Schwerverletzten sind inzwischen drei gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf 48 erhöht.

Kleine Chronik.

Wohnungseinbrüche eines Aristokraten. Mit den Straßlaten eines Sprößlings einer alten aristokratischen Familie, der zum Mitglied einer Einbrecherbande herabgesunken ist, wird sich in den nächsten Tagen eine Berliner Fernverkehrsamt beschäftigen.

Ein Meister-Schwindler. Eine Schwindlei, wie sie wohl noch nicht dagewesen ist, wurde am Sonnabend in Dessau verübt. Der Kaufmann Otto Liekmann verkaufte das Grundstück Hindorfstraße 1, das ihm gar nicht gehörte, durch einen Agenten an einen Föniker Fleischermeister für 40 Millionen Mark und erhielt 10 Millionen Mark als Anzahlung.

Ein Spielchen am Stettiner Bahnhof. Ein junger Mann aus der Gegend von Schneidemühl kam vor einigen Tagen nach Berlin, um hier 150 Dollar umzuwechseln, da er gehört hatte, daß der Kurs in Berlin viel höher sei als bei ihm zu Haus.

Eine Liebesstragödie. Ein furchtbares Liebesdrama spielte sich in Afrika in Westfalen auf offener Straße ab. Ansehend mit seiner Geliebten, einer Bureauangestellten, in Streit geraten, zog ein junger Mann ein neues scharf geschliffenes Messer, durchschnitt ihr die Kehle und berichte ihr noch mehrere tiefgehende Stiche.

In der Trunkenheit. Das Volksgesicht in Würzburg urteilte den Lünchermeister Bruno Wair von Oberstimm zu 6 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, weil er seinen Stiefsohn erstochen hatte.

Mister Ebert aus Amerika. Als reicher Amerikaner trat ein Hochtapler auf, der von der Kriminalpolizei gesucht wird. Berliner Familie lernte vor einiger Zeit einen Mann kennen, der sich Richard Vernon Ebert aus Norfolk in Amerika nannte.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 4000 Mark, aufgenommen. Böttcher, Donnerstag 7/8 Uhr Sitzung d. Vertrauensmänner u. Pönsammlungs.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt. Magdeburg, 31. Juli. Auf dem hiesigen städtischen Schlacht- und Viehbof wurden aufgetrieben: 392 Rinder, und zwar 120 Ochsen, 60 Bullen, 212 Färsen und Kühe, 31 Ferkel, 210 Mäher, 247 Schafweibchen, 223 Schweine.

Berliner Produkten-Börse. (Amliche Notierungen vom 31. Juli.)

Table with 4 columns: Produkte, 50 Kilogramm Markt, Produkte, 50 Kilogramm Markt. Lists various commodities like wheat, rye, and oil with their market prices.

Wasserstände.

Table with 5 columns: Ortsname, Höhe, Fall/Wachst., Ortsname, Höhe, Fall/Wachst. Lists water levels at various locations like Brandenburg and Berlin.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 2. August: Wechselnde Bewölkung, ziemlich kühl, Regenschauer.

Advertisement for Bodensteiner Jubilator, featuring 'Aus Anlaß unseres 100jährigen Geschäfts-Jubiläums' and 'Deutsches Pilsener'.

Advertisement for 'Eine Million' lottery tickets, mentioning 'Prismengläser' and 'R. Weissenborn'.

Advertisement for 'Kottweinstaschen zu 90 Pf. 3500' and 'Kauf Adobe, Bismarckstr. 11.'.

Advertisement for 'A. C. Martens, Petriförder 5, pt., zeitgemäße Schneiderei'.

Advertisement for 'Standesamtliche Nachrichten' listing various names and addresses.

Advertisement for 'Kaufe' and 'Nachruf' for Otto Müller.

Advertisement for 'Nachruf' for Otto Müller, mentioning 'Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Albersleben'.

Säcke

aller Art, auch ausrangierte, Sacklumpen und sämtliche Emballagen kaufen zu höchsten Preisen
 Persönliche Uebnahme auch kleinster Posten an allen Orten.

Gebr. Arlt, Sackgroßhandlung,
 Fabrikstraße 10 G. m. b. H. Fernsprecher 4805
 = Eigene Reparatur- und Reinigungs-Anstalt. =

Gebr. Müller
 Magdeburg Biederitz
 Neustädter Str. 42 Mühlenstr. Nr. 10
 Fernruf 5517 Fernruf 66
Ständiger Ankauf
 sämtlicher
 Rohprodukte - Alteisen
 Metalle

Reserviert für
Magdeburger Abfallsammlung
 G. m. b. H. - Große Münzstraße 13

Treumann & Dudelsach
 Schrodorfer Straße 8
 en gros Eisen und Metalle en détail
 Abteilung Rohprodukte
 Tel. 2359

Albrecht Timme Waage-
 str. 10a
 - Fernruf 9438 -
 Ankauf von Rohprodukten
 und Metallen

Gemeinnützige
 Gold-Ankaufsstelle
 des
 Wohlfahrtsamts
 Magdeburg
 Neuer Weg 1/2

Kaufe laufend Silber-, Platin-Bruch
 Doublee, Brillanten
Gold und Ferngläser
Apter
 Braunehirschstr. 13.
 Fernsprecher 9060.

Gold-u. Silberschmitt
 zahlt für Platin, Dublee allerhöchste Preise
 Drosenbrezelstraße 3

Luxussteuerfreier Ankauf
 von Bruch u. Gegenständen aus
Gold Silber Platin
 Alte Gebisse
 Goldene Uhren, Dublee
Fr. Bockhausen
 Edelmetallhandlung
 Laden im Rathause
 Alter Markt
 gegenüb. Kaiser-Otto-Denkmal
 Legitimation erforderlich.
 Verstumen Sie nicht, mein Gebot
 einzuholen.

Ankauf von
 Gold, Silber, Platin
 -Bruch und -Gegenständen
 Kostenlose Beratung i. getrennt. Räumen
 Geöffnet von 9 bis 6 Uhr
 Legitimation erforderlich.

Hebecker, Pinoff & Co., G. m. b. H.
 Fernspr. 9195 Nutzholzhandlung - Magdeburg Fernspr. 9195
 Kiefern-, Fichten- und Tannen-Schnittmaterial

Juwelen u. Edelmetall
 kauft ständig zu reellen Tagespreisen
Gustav Wolff
 Goldschmiedemeister
 Breiteweg 64, gegenüber Café Hohenzollern

Billige Gummisauger
 Heutiger Fabrikpreis pro Stück
 ca. 2500 Mk. Ich verkaufe um zu
 räumen das Stück mit nur 1250 Mk.
 Ferner alle hygienischen Artikel, Frauenduschen, prima Monats-
 pulver, Frauen-Spülspritze, prima Verbandwatte usw. Alles billig.
 Ausführliche Preisliste sende kostenfrei.
 Kommen Sie sofort, der Weg lohnt sich.
Fran M. Heintz, Magdeburg 10, Berliner Str. 16/17

Keine Treppen zu steigen!
Für Gold und Silber-Bruch
 zahlen die höchsten Preise
S. Locher & Co., Lödischehofstraße 1
 Eingang Drosenbrezelstraße Telefon 3687
 Keine Treppen zu steigen!

Rosenberg's Möbelhaus

Ohne Gewähr **E-Seite** Musterschutz

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt der Züge vom Hauptbahnhof Magdeburg:

Braunschweig-Hannover (V): 1224 (D), 1224 (D), 535, 657 (Ez), 915, 1232 (D), 354, 615 (D), 714	Köthen (II): 1205
Braunsch.-Hameln (V): 1214, 312(D)	Groß-Salze-Elmen (II): 540 (W), 636 (W), 1215 (W), 145 (W), 236 (S), 930
Braunschweig-Seesen (V): 226	Güsten-Erfurt (II): 315, 740, 1240, 490
Braunschweig (V): 136	Güsten (II): 410 (W), 915, 1012 (D), 250 (W), 320 (W), 430, 622 (b. Asch.), 1025
Eilsleben (V): 425 (b. Wefensleb.) 440 (W), 1120 (b. Schöningen)	Kreienzen-Frankf. a. M. (III): 1204 (D)
Berlin (IV): 420, 525 (D), 530 (D), 706 (D), 825, 1065, 115 (D), 410 (D), 505, 530 (D), 710 (Ez), 825 (D), 832, 920	Blumenberg-Staffort (III): 320 (W), 542 (W), 730, 308, 480 (W), 641 (S)
Burg (IV): 522 (W), 1130 (W b. Gerw.), 215, 425 W, 622, 1120 (b. Gemlin)	Thale (III): 530 (S), 630, 915, 1215, 338, 710
Loburg (IV): 720, 100, 912	Halberstadt-Seesen (III): 953, 115 (Ez) Harzb., 143 (D), 1120 (Halberst.)
Zerbst-Leipzig (IV): 520, 730 (Ez), 940, 128, 325, 715	Wittenberge (I): 525, 840 (D), 610, 1120
Goswerra (IV): 425 (W)	Wolmirstedt (I): 520 (W), 630 (W), 425 (W), 625 (S)
Halle-Leipzig (II): 420, 600, 700 (D), 720, 1000, 1100 (D), 130, 430, 610 (D), 720, 912 (D)	Oebisfelde (I): 630, 854, 134, 440, 822
	Stendal-Heizen (I): 924, 115 (b. Stend.), 37, 725 (D)
	Neuhaldensleben (I): 325 (W), 1210

Ch. Brechner & Co.
 Rohprodukte und Metalle - 65 Knochenhauerufer 65

Emil Pohl Knochenhauerufer 77/78
 = Fernruf 8206 =
 Ständiger Ankauf sämtlicher Rohprodukten,
 Alteisen, Metalle = Höchste Tagespreise
 Händler Vorzugspreise = Christl. Geschäft

Anzug-Stoffe moderne Farben
 in allen Qualitäten
 Arbeiter-Bekleidung
 kaufen Sie am billigsten bei
E. Pressler, Jakobstr. 7 Ecke
 Petersberg
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Peter Georg Palis
 Kaiserstraße 97 - am Ulrichstor
 Leibwäsche - Damen-Moden - Bettwäsche

S. Freund, Kleine Münzstraße 3
 Telefon 7729
 kauft stets sämtliche Sorten
 Flaschen, Altpapier und Altmetalle zu höchsten Preisen

Ankaufs-Kontor
 für
Edelmetalle aller Art
 Petersstraße 2 **Laufer** Fernr. Nr. 435
 Aeltestes Geschäft am Platze

Hofjäger
 Jeden Sonntag, nach-
 mittags 4 Uhr =
Garten-Konzert
 Bei ungünstiger Witterung in den
 vorderen Räumen
 Das gemütliche Café = 4 erstkl. Billards

Bernhard Kesten
 - Fernruf 2559 und 9241 -
Alteisen, Altmetalle, Metallrückstände
 Kontor und Lager: Weinberg 15, Endelstraße 33/34

Granatschmuck Steine von Riochalto schillernd
Edelmetalle Brillanten
 kauft, um die Ware zu verwenden
F. Streubel, Schmuckbrücke 29, Am 3Treppen
 Juwelenschatz, Meißner, Eichenstr. 29, 3Treppen
 Eichenstr. 29, 3Treppen
 Eichenstr. 29, 3Treppen

Reichshalle Kaiserstraße 18/19
 Fernsprecher 863
 Inhaber: Richard Joppich
 Sile und Zimmer für Vereine und Festlichkeiten
 Große Küche bei kleinen Preisen
 Weinliste „Zur stillen Klausur“

Achtung!
 Schon wieder erhöhte Preise für sämtliche
Rohprodukte, Metalle und Eisen.
 Interessenten wollen sich die neueste Preisliste abholen.
Linial & Blutstein
 Kutscherstraße 19 - Telefon 2251.

J. Weintraub
 Jakobstr. 14, Eingang Kappelgr. 14
 Fernsprecher 3422
 = Ankauf von =
Rohprodukten
 aller Art zu höchsten Tagespreisen

Bauer = Fabian = Vereinsartikel
 Magdeburger Fabrik-Fabrik
 G. Lohde vorm. K. Faber, Johannstraße 5

Zahlung höchsten Tagespreises
 Edelmetall-Verwerfungsbüro
Kaiserstraße 15.
 Wir kaufen **Gold, Silber, Platin**
 -Bruch
 zum allerhöchsten Tagespreis.
 - Besondere Zimmer für größte Feilen -
Liedtke & Rasche O.-u. G.-G.-G.
 zwischen Köhler u. Kuntzebr.
 Fernsprecher 922 - Aufnahmestelle

H. Seeboldt, Magdeburg
Automobile Breiteweg 234 **Automobile**

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 2. August 1923.

Margarine 240 000 Mark.

Der durch die Banknotenzirkulation Cuno-Helferich-Havenstein verursachte Marksturz zeigt seine Wirkung schon an einer Ware, deren Bestandteile durchweg aus dem Ausland bezogen werden müssen: der Margarine. Rechnet man den Pfundpreis vor dem Kriege mit 80 Pfennig, das sind 5 Pfund für 1 Dollar, so ist bei einem Dollarkurs von 1 200 000 Mark ein Pfundpreis für Margarine von 240 000 Mark, wie er zurzeit in Magdeburg verlangt wird, gewissermaßen „gerechtfertigt“.

Offen bleibt auch die Frage, woher die unbedingt nötigen Fettmengen genommen werden sollen, da die amerikanischen Depots nur gegen Devisen die Ware herausrücken. So haben wir heute das traurige Schauspiel, daß die Margarine zwar fast eine Viertel Million kostet und Ware doch nicht ausreichend vorhanden ist. Nennlich liegen die Dinge bei deutschen Fetten, sie sind im Augenblick, was Butter, Schmalz, Fleisch anlangt, zwar noch etwas billiger, aber die Verbraucher bekommen auch nichts. So stehen wir durch die Schuld des sozialistischeren Cuno-Ministeriums vor der wildesten Preisararchie mit katastrophalem Mangel.

Das einzige, was zurzeit noch einigermaßen fest steht, ist das Zwangsbeschaffungswesen. Daraus folgt, daß die Gewinnsucht am freien Getreidemarkt desto toller aus. Es kostet das freie Brot noch einem Beschluß der Magdeburger Brotfabriken und Bäckereien von jetzt ab 75 000 Mark. Dieser Satz gründet sich auf einen Mehlpreis von 2 500 000 Mark den Zentner oder 5 Millionen je Sack. Da aus einem Sack 71 Brote gebacken werden, ist dieser Preis unter Einbeziehung aller andern Unkosten nicht vertunbar.

Wie aber kommt dieser Riesensatz für das Mehl zustande? Einfach aus der Anpassung an den Dollarkurs, oder mit andern Worten: die Erzeuger nützen die Lage aus, um ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Ohne Zweifel haben sich auch die Unkosten der Getreideerzeuger gesteigert, aber diese Unkosten sind nicht so hoch, daß sie den Getreide- und Mehlpreis erklären. Die freie Wirtschaft aber nimmt der Staatsgewalt, nimmt auch den Stadtverwaltungen jede Möglichkeit, hier einzugreifen. Getreidehändler und Agrarier arbeiten Hand in Hand, um das Getreide zu verteuern, wie die Breslauer Bäckereiwirtschaft in diesen Tagen nachgewiesen hat. Zudem steht es unzweifelhaft fest, daß große Getreidemengen, gedroschen und in Garben, noch in den Dörfern ausgebeizelt liegen trotz aller Aufforderungen des Landbundes und der Regierung. Aus Biederitz wird uns ein solcher Fall mitgeteilt. Die Adresse steht den Behörden zur Verfügung. Diese Not muß die Verbraucher zur hellen Verzweiflung treiben, wenn nicht mit aller Beschleunigung eingegriffen wird. So gewiß Landplünderungen das ungeeignetste Mittel sind, Waren heranzuschaffen, so gehört doch keine Prophetengabe dazu, um Unheil vorauszusagen. Es muß schnell gehandelt werden, ganz schnell.

Die Erregung in den Städten.

Genosse Oberbürgermeister Weims hat als Vorsitzender des Provinzialparlamentarischen Sachjens-Anhals an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und an den anhaltischen Ministerpräsidenten Deist folgendes Schreiben gerichtet:

„Euer Hochwohlgeboren werden durch die Presse unterrichtet sein über den Inhalt der zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin und der Reichsregierung statgefundenen Verhandlungen, deren Zweck es war, die Stadt Berlin ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Dem von Herrn Voos beigebrachten Tatsachenmaterial über den Stand der Ernährungsverhältnisse in Groß-Berlin füge ich hinzu, daß die Notlage sich durchaus nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern im gleichen Maß in allen Gemeinden mit überwiegend gewerblicher Bevölkerung gleich groß ist.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg hat in seiner Sitzung vom 31. Juli zu der Ernährungsfrage in der Provinzialhauptstadt Sachjens Stellung genommen und mich beauftragt, Euer Hochwohlgeboren auf den Ernst der Lage in Magdeburg hinzuweisen. Ich bin davon unterrichtet, daß auch in den übrigen Städten, für welche der Provinzialparlamentarischer Sachjens-Anhalt zuständig ist, eine ähnliche Notlage besteht. Der Mangel an Fetten wird von Tag zu Tag größer. Die Preise steigen in einer ganz unkontrollierbaren Weise. Ein großer Teil der Fleischläden ist geschlossen. Der Käufer wird durch ein Schild davon unterrichtet, daß Warenmangel die Schließung der Läden herbeiführt hat. Der Mangel an Kartoffeln ist zweifellos durch das ungünstige Wetter veranlaßt. Aber auch der Mangel an Gemüse macht sich in den Städten mit gewerblicher Bevölkerung außerordentlich bemerkbar.

Die Teile der Bevölkerung, die von Unterstützungen oder von kleinen Renten leben, können der Preisentwicklung von heute nicht folgen. Die ohnehin schon vorhandene Not in diesen Kreisen ist in jüngster Zeit unerträglich geworden. Aber auch die Lohn- und Gehaltsempfänger leiden unter der sprunghaftesten Geldentwertung in schwerster Weise. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich in der Bevölkerung unserer Städte und Industriegebiete eine außerordentlich große Erregung zeigt.

Der Auftrieb an den Schlacht- und Viehhöfen ist in den letzten Wochen sprunghaft zurückgegangen. Die Marktberichte lassen erkennen, daß mit jedem Markttage die Zahl der zum Verkauf gestellten Schlachtvieh erheblich zurückgeht, während gleichzeitig die Preise ungezügelt in die Höhe getrieben werden.

Unter solchen Verhältnissen kann der Lebensmittelhändler keine eigentliche Tätigkeit kaum noch ausüben. Er kann einmal die Waren nicht in genügender Menge beschaffen, die sein Kundentum benötigt und zum andern kann er mit dem Erlös der Waren sich nicht neu eindecken, denn auch bei höchsten Preisaufschlägen hat er keine Gewähr dafür, daß mit dem Erlös die Waren in gleicher Menge wieder eingekauft werden können. Ich muß feststellen, daß sich infolge dieser Verhältnisse besonders vor den Zeitbehandlungen der Stadt Magdeburg wiederum die aus der Kriegszeit bekannten Käufer in großen Anzahlen einstellen, ohne ihren Bedarf eindecken zu können. Gemüts müssen eine große Anzahl Käufer die Gemütsbehandlungen und Wochenmärkte verlassen, ohne die für die Ernährung der Familie notwendigen Waren kaufen zu können. Die Hungernot in den großen Städten wächst mit jedem Tag in bedrohlicher Weise.

Die Devisen-Zuteilung für die Einfuhr von Lebensmitteln läßt sehr zu wünschen übrig. Neben der Marktentwertung hat dieser Umstand sicherlich mit dazu beigetragen,

den deutschen Lebensmittelmarkt besonders von ausländischen Fetten zu entblößen. Es wäre deshalb auf die Reichsregierung in dem Sinn einzuwirken, eine ausreichende Devisenzuteilung der Lebensmittelzufuhr sofort zur Verfügung zu stellen.

Der Auftrieb von Vieh an den städtischen Viehmärkten müßte gefördert werden durch eine Verordnung, die es den Schlachtvieh-Produzenten zur Pflicht macht, alle Verkäufe durch die benachbarten Viehhöfe zu tätigen. Heute meidet das Schlachtvieh die städtischen Viehhöfe, weil die Gebühren erpart werden sollen und weil die Preiskontrolle für viele Verkäufer sehr störend ist. Es wird deshalb das Schlachtvieh in großem Umfang vom Stall aus verkauft, und der Händler hat so die Möglichkeit, die ungünstigsten Preisverhältnisse vorzunehmen und das Vieh jenen Märkten zuzuführen, die ihm besonders günstig erscheinen, oder es unter der Hand weiterzukaufen.

Es muß festgestellt werden, daß die Ernährung der gewerblichen Bevölkerung unseres Landes im Verhältnis immer mehr zurückbleibt hinter den Ernährungsverhältnissen der Lebensmittelproduzierenden Bevölkerung. Das Verhältnis zwischen dem Ernährungsstand und jetzt zeigt sehr deutlich, daß die gewerblichen Bevölkerungsteile den großen Mangel an Lebensmitteln fast allein zu tragen haben, während die ländlichen Bevölkerungsteile von einer Lebensmittelso gut wie nichts erfahren. Daraus muß sich ein Gegensatz zwischen diesen Bevölkerungsgruppen ergeben, der gefährlich werden kann.

Die Stadtgemeinden wie die industriellen Gemeinden sind außerstande, der überhandnehmenden Not ihrer Bevölkerung wirksam entgegenzutreten. Finanziell sind sie durch die Gesetzgebung fast nur auf die Zuschüsse und Steuererlöse von Reichs wegen angewiesen. Sie können deshalb aus eignen Mitteln Lebensmittelkäufe in nennenswertem Umfang nicht durchführen. Sie sind aber auch durch mannigfache Verordnungen und andre Maßnahmen der Regierung außerstande, die Lebensmittelversorgung besser zu gestalten. Die Reichsregierung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die allein zuständige Stelle, von der Besserung erwartet werden kann.

Im Namen des Städtetags bitte ich daher Euer Hochwohlgeboren, im Sinne des Vorstehenden unverzüglich bei der Reichsregierung ernste Vorstellungen zu erheben und dafür einzutreten, daß so schnell wie möglich größere Zufuhren von den benötigten Nahrungsmitteln den gewerblichen Kreisen unserer Bevölkerung zuteil werden.“

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Bezirksfässler. Freitag den 3. August, abends 8 Uhr, Sitzung im Parteibureau. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Arbeitsgemeinschaft für weltliche Schule. Die für Freitag angelegte Sitzung findet nicht statt.

— Neue Steuern. Wir haben schon die Zahlen kurz angeführt, die der Juli der Stadt an Mehrausgaben gegenüber den Voranschlag gebracht hat. Diese Mehrausgaben verursachen einen Fehlbetrag von 61 Milliarden Mark im Stadtsäckel und müssen, wenn die Gemeinde überhaupt noch arbeiten soll, durch neue Steuern und Gebührenerhöhungen aufgebracht werden. Der Stadtverordneten-Versammlung liegt dann auch ein Straußlein solcher Steuern vor. Von der Hundsteuer, die in Zukunft das 300fache des jeweiligen Straßenbahnfahrpreises betragen soll, haben wir schon berichtet. Weitere Erhöhungen sollen die Gewerbesteuer und die Grundsteuer erfahren, und auch das Elektrizitätswerk muß mehr bringen, dazu treten Erhöhungen der Kanalgebühren. Eine automatische Erhöhung der Einnahmen infolge der Geldentwertung verspricht sich die Stadt aus der Fremdensteuer, der Vergütungssteuer, der Schenkungssteuer und der Umsatzsteuer. Auch der Anteil an der Einkommensteuer wird sich automatisch steigern. Der Voranschlag ergibt die 61 Milliarden. Da aber der August bei der kolossalen Geldentwertung neue ungeheure Ausgaben bringen wird, stehen zunächst alle Zahlen und Anschläge auf dem Papier.

— Gegen die Tabaksteuer. Die Tabakinteressenten aller Schattierungen, Händler wie Konsumenten befinden sich zurzeit wieder einmal in einer Krise. Nach § 45 des Tabaksteuergesetzes sind die Händler verpflichtet, entsprechend der jeweiligen Geldentwertung und die dadurch erzielte Erhöhung der Preise für Tabakwaren eine entsprechende fortlaufende Nachbesteuerung ihrer Bestände vorzunehmen. Selbstverständlich würde diese Nachbesteuerung eine weitere erhebliche Vert.uerung aller Tabakprodukte zur Folge haben, abgesehen von der nicht unerheblichen Arbeit, die der Händler durch die fortgesetzten Umnotierungen zu leisten hat. Um dieser Nachbesteuerung zu entgehen, hatten die Tabakinteressenten zum Mittwoch abend nach der „Freundschaft“ eine Protestversammlung einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Zu dieser Versammlung hatte das Landesfinanzamt sowie die Steuerbehörde Vertreter entsandt. Das Referat hielt der Kaufmann Reichert, der sich mit aller Schärfe und Entschiedenheit gegen diese Nachbesteuerung wandte. Da hierdurch der Zigarren- und Tabakhandel dem Ruin nahegebracht würde. Die Nachbesteuerung wurde vom Vortragenden als Wucher bezeichnet gegen den als Notwehr Nichtbezahlung empfohlen wurde. Da die Geldentwertung, soweit die Tabakbranche in Frage kommt, durch die erheblich erhöhten Einfuhrzölle einen Ausgleich findet, müsse die Nachbesteuerung durch ein neues Gesetz beseitigt werden. Eine Entschlebung, in der vom Finanzministerium im Interesse der Erhaltung des Tabakgewerbes die schleunige Beseitigung dieses die Allgemeinheit schädigenden Gesetzes verlangt wird, fand einstimmige Annahme. Um die Einheitlichkeit des Gesetzes nicht zu beeinträchtigen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Als sichtbares Zeichen dieses Protestes hatten am Donnerstag sämtliche Zigarrengeschäfte ihre Läden geschlossen.

— Für die Sozialrentner. Um den Sozialrentnern der Altstadt ihre Bezüge möglichst zeitig zur Auszahlung zu bringen, werden zukünftig die Zahlungen für die Altstadt auf folgende Tage verlegt:

Table with 2 columns: Day and Name. Am ersten Sonnabend im Monat von 8-1 Uhr Buchstabe A. B. C. Montag 8-1 D. E. F. folgenden Dienstag nachm. von 3-7 G. H. Mittwoch 3-7 J. K. Donnerstag 3-7 L. M. N. Freitag 3-7 O. P. Q. R. zweiten Sonnabend vorm. 8-1 S. zweiten Sonntag 8-1 T. U. V. W. X. Y. Z.

Die Zahlung findet wie bisher in dem städtischen Arbeitsamt, Zimmer 26, statt. Für den Monat August bleiben außerdem die bisherigen Zahltagelassen.

— Ein Hitler- und Schlageterarbeiter ist der Oberpostdirektor Marzial beim Telegraphenzentrum hier. Die Dienststunden benutzt er dazu, für ein Schlageter-Denkmal eine Sammelleiste umgeben zu lassen, an deren Spitze er selbst mit 3000 Papiermark steht. Genehmigung dazu hat er nicht nachgefragt. Wenn Marzial von seinen Mitarbeitern auch nicht ganz ernst genommen wird — er ist wohlhabend, war in München zum Stahlhelmtag und hat von dort eine Karte geschickt mit dem schönen Versprechen: Hitler sehen, hören und dann sterben — so hätte die vorerwähnte Behörde doch Anlaß, die Mitarbeiter dieses Herrn vor seinen Zurechnungslichkeiten zu schützen und ihm klarmachen, daß es mindestens unklug ist, den Glanzen aufkommen zu lassen, als wenn bei der Post zuviel überflüssige Arbeitskräfte beschäftigt werden.

— Abrechnung nach oben. Bantei und Eisenbahn rund nach oben ab oder nehmen Zahlungen unter einem gewissen Betrag gar nicht mehr an. Im Geschäftsleben scheint man auch so großzügig werden zu wollen. Ein Lehrer teilt uns mit, daß er in einer Fischhandlung der Altstadt einen 1 1/2 Pfund schweren Schellfisch zum Pfundpreis von 45 000 Mark, zusammen also 67 500 Mark kaufte. 57 000 Mark verlangte die Verkäuferin mit dem Bemerkten, daß immer noch oben abgerundet würde. Auf das Ungeheuliche dieses Vorgehens hingewiesen, wurde ihm erwidert, er hätte ja das Geld dazu, weil sie in seiner Brieftasche gerade 1 000 000 Mark liegen sah. Der Käufer nahm trotzdem den Fisch, weil in andern Geschäften nichts zu kommen war. Er möchte aber betonen, daß bei armen Leuten nicht die Beträge nach oben abgerundet werden, denn 750 Mark ist für manchen allerhand Geld.

— Weitere Erhöhung der ärztlichen Gebühren. Im Hinblick auf die erhebliche Zunahme der Leistung in den letzten Tagen hat, wie der Amtliche Preiskoeffizientenmittel, der Wohlfahrtsminister bestimmt, daß vom 1. August an ein Leistungszuschlag von 39 900 vom Hundert zu den Gebührenlagen der Ärzte und Zahnärzte hinzutritt, so daß jetzt rund das 40 000fache des Friedenssatzes zu zahlen ist.

— Angestellten-Versicherung. Vom 1. August an sind die Beiträge zur Angestelltenversicherung erheblich erhöht und Marken nur noch von Klasse 13 an aufwärts bei der Post käuflich. Arbeitgeber und Angestellte, welche mit Beiträgen für die Zeit vor dem 1. August rückständig sind, müssen sich im eigenen Interesse noch vor dem 1. August diese Marken beschaffen, andernfalls sie auch für die rückliegende Zeit Monatsmarken in Klasse 13 mit 5000 Mark zu kleben haben.

— Arbeiter und Stenographie. Um das Bedürfnis nach engem Zusammenstoß der Arbeiterklasse auch in stenographisch bildender Beziehung Rechnung zu tragen, hat sich für die stenographischen Hand- und Kopparbeiter ein „Vorbereitender Ausschuss“ gebildet, zu dem Zwecke, die auf dem Boden der modernen Angestellten- und Arbeiterbewegung stehenden Stenographischen beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied des Systems, zu einem alle Systeme umfassenden „Allgemeinen Arbeiter-Stenographenbunde“ zusammenzuschließen. Vereins- und Gruppenvorstände, sowie Genossinnen und Genossen, welche gewillt sind am Orte Vereine zu gründen, werden gebeten, ihre genaue Adresse baldigst an den „Vorbereitenden Ausschuss“ zur Schaffung eines Allgemeinen Arbeiter-Stenographenbundes, zu Händen des Genossen Felix Hummel, Leipzig, Volkshaus, Berliner Straße 32, zu senden.

— Selbstmordversuch. Die unberechnete Paula B. aus Halberstadt ging am Mittwoch abend in selbstmörderischer Absicht in die alte Elbe. Durch Passanten noch rechtzeitig gerettet, wurde die Lebensmüde mit einem Krankenwagen dem Krankenhaus Altstadt zugeführt.

— Betriebsunfälle. Der Arbeiter Fr. G. wohnhaft Friedenstraße 23, geriet an seiner Arbeitsstätte in einer Fabrik in Budau zwischen Schiebewagen und Maschine. G. erlitt einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels und mußte nach Anlegen eines Notverbandes dem Krankenhaus Sudentburg zugeführt werden. Der Arbeiter Karl G. fiel bei der Arbeit im Eblagerhaus in einen Fahrstuhl hinab. Mit schweren Kopf- und inneren Verletzungen wurde G. in die Krankenanstalt Sudentburg eingeliefert.

— Festgenommen wurden der Arbeiter Franz Engelhardt aus Brödel, der Händler Paul Kalinowski hier, Rottefischstraße 18, und der Arbeiter Walter Böhmier, Kleine Klosterstraße 15, wohnhaft, die einen Dreiermann, den der Arbeiter Richard Hornig in Brödel von seiner Arbeitsstätte, einer Ziegelei in Brödel, gestohlen hatte, hier weiter verhaftet und den Erlös geteilt hatten.

— Eigentümer gesucht. Beschlaanahmt wurden ein Herren-ochpelz mit Netz gefüttert, Stoff, Filzgrätenmuster, Muff und Kragen aus Wismar, zwölf kleine silberne Wolltaschen, ein silberner Suppenlöffel, ein Feldstecher „Furt Paris“ M. G. Nr. 682, eine Selbstmordpistole Kal. 6,35. Die Sachen sind vermutlich gestohlen und können im Polizeipräsidium, Kriminalpolizei, Zimmer 262, in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags besichtigt werden.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Schülerbesuch über Rittenberg Freitag abend 1/8 Uhr im Frantekheim. Fahrgeld für Rittenberg bis spätestens Montag abend im Sekretariat abholen. Probe zum „Kartengeld“ Sonntag abend 6 Uhr im Frantekheim. Rittenbergbesuch müssen Sonntag abend 6 Uhr zu einer letzten Besprechung im Frantekheim sein.

Theater, Konzerte, Vorträge u.

Victoria-Theater. Wochenpietäon. Freitag (Vorstellung für den Gemeindefest der Angestellten): Die Egre. — Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Egre. — Sonntag (offene Vorstellung): Der tüche Schwimmer.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Die Auszahlung der Sozialrenten.

Nach den Bestimmungen der zuständigen Stellen des Reiches vom 15. und 29. Juni d. J. sind die Unterstühtungssätze wesentlich erhöht. Während nun die kleinen Orte wie Uckerzleben, Dittersleben, Schönebeck usw. längst diesen Vermitteln der Armen die Unterstühtungen ausgezahlt haben, ist das in Magdeburg nicht so. So wird in der Sudentburg erst am Mittwoch den 8. August ausgezahlt, und wer Glück hat, darf bei der Unzumutbarkeit der dortigen Einrichtungen zur Empfangnahme dreimal kommen; zweimal wegen zu großen Andrangs vergebens. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Dazu muß aber auch endlich die Errechnung des den einzelnen Personen zuzehenden Betrags schneller und dann auch die Auszahlung früher erfolgen. Wie die Invaliden geschädigt werden, mag eine kurze Aufstellung zeigen. Ein Sozialrentner hat nach der Verordnung vom 15. Juni für Mai an Unterstühtung zu erhalten: im Jahre 860 000 Mark, im Monat 80 000 Mark, für ein Kind wird ein Zuschuß von 10 000 Mark im Monat gewährt. Durch Verordnung vom gleichen Tage wird die Unterstühtung für den Monat Juni für den Rentner um 50 Prozent und die Rente für die Kinder um 150 Prozent erhöht. Durch Verordnung vom 29. Juni ist die Rente für den Rentner auf jährlich 4 820 000 Mark, monatlich auf 360 000 Mark erhöht. Der Zuschuß für ein Kind beträgt im Monat 75 000 Mark, letzteres ab 1. Juli. Von den Beträgen gehen die von der Post am 1. jedes Monats und die bereits geleisteten Beträge im Mai und Juni ab. Die Renten sollen bestimmungsgemäß im Voraus gezahlt werden. Daß dies bei der fortgesetzten Veränderung der Beträge nicht ausgeführt werden konnte, ist verständlich, unverständlich bleibt aber folgende Auszahlung: Ein Invalid mit zwei Kindern hat Anspruch für den Monat Mai für sich auf 80 000 Mark, für zwei Kinder 20 000 Mark; für Juni für sich 120 000 Mark, für zwei Kinder 50 000 Mark; für Juli für sich 160 000 Mark, für zwei Kinder 150 000 Mark; zusammen für sich 560 000 Mark, für zwei Kinder 220 000 Mark, insgesamt 780 000 Mark. Er hat erhalten aus der Postkasse 2275 Mark, aus der Stadtkasse für Mai 40 250 Mark, für Juni 49 250 Mark, für Juli 254 250 Mark, insgesamt 355 025 Mark. Es besteht noch ein Anspruch von 425 000 Mark. Auf die Auszahlung muß er bis zum 8. August warten, und welche Summe wird man ihm da für August in die Hand drücken? Wenn für Juli der gleiche Betrag wie für Juni rechnungsmäßig gezahlt wurde, so mußten an Stelle der 254 250 Mark 339 250 Mark gezahlt werden. Nur sehr wenig Witwen und Invaliden wissen, was sie überhaupt zu erwarten haben, und wie schwer es gemacht wird, wenn seitens des Versicherungsamts ein Rechnungsführer geschäftig ist, soll hier heute nicht erörtert werden. Abhilfe aber tut not.

Bücherschau.

Einstliche hier angezeigten Bücher sind durch die Buchhandlung Hoffmann zu beziehen...

In der Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, Jena, erschien: Der Fasizismus in Italien von Oda Olberg. Das Buchlein soll dem deutschen Publikum diese wichtige politische Erscheinung nahebringen...

Kaiserstuhl. Mit einem Nachwort von Prof. Ing. Beringer. Geh. Gz. 0,30 Mk., geb. Gz. 0,60 Mk. Der Held der Geschichte, ein prächtig gezeichnetes Original, hat im Kessel ein Kind, das sich an seinen geliebten „Judenfischen“ bergreifen hat...

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse. Weizen 2000 000 - 2 200 000 Mt. Roggen 1 400 000 - 1 550 000 Mt. Sommergerste ohne Angebot, Wintergerste 1 600 000 - 1 800 000 Mt. Safer 2 000 000 bis 2 100 000 Mt. Mats ohne Angebot...

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Seite 4000 L., aufgeschickt. Schwebel. Verein der Freireiter für Feuerbestattung. Am Freitag 4 Uhr Versammlung bei Heile...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Dresden, Regensburg), water level (Höhe), and change (Veränderung). Includes sub-sections for 'Höhe' and 'Veränderung'.

Wettervorhersage.

Freitag den 3. August: Unruhig, ziemlich trübe, zeitweise Regen, später kühler.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Magdeburg. Bekanntmachung.

Laut Verordnung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 24. Juli 1923 ist die obere Versicherungsgrenze für Pflichtmitglieder von 2.000.000 Mt. auf 48.000.000 Mt. heraufgesetzt worden.

Table showing contribution rates (Beiträge) for different classes (Klassen) based on earnings (Entgelt) and basic wage (Grundlohn).

Allgem. Ortskrankenkasse in Magdeburg. Bekanntmachung.

Laut ministerieller Verordnung vom 28. Juli 1923 ist die obere Versicherungsgrenze von 21.000.000 Mt. auf 48.000.000 Mt. heraufgesetzt worden.

Der Kassenvorstand.

Am den Wünschen vieler Hausfrauen nachzukommen, wird in Zukunft der Wasserwerb: auch nicht mehr, wie bisher, vierteljährlich sondern monatlich festgesetzt und berechnet werden.

1 Million.

1 Million. Ein großer Gewinn für die Käufer. Ein großer Gewinn für die Käufer. Ein großer Gewinn für die Käufer.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Magdeburg. Bekanntmachung.

Laut einer weiteren Verordnung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 31. Juli 1923 ist der höchste Grundlohnbeitrag ab 6. August 1923 auf 240.000 Mt. heraufgesetzt worden.

Der Kassenvorstand.

Magdeburg, 2. Aug. 1923. Der Kassenvorstand. Hr. Drehsler, Vorsitz.

2 junge Mädchen.

2 junge Mädchen. aus achtbarer Familie, im Alter von 15 bis 16 Jahren, im Rechnen gut bewandert, auf Reisen gewandte Zuerstgänger bei Albert Rasche, Hermann, Rotes Horn.

Large advertisement for 'Kammer Lichtspiele' featuring the film 'Mit Stanley im dunkelsten Afrika!'. Includes text about the film's content and showtimes.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 29. Juli 1923 treten bei den unterzeichneten Kassen nachstehende Lohnstufen, Grundlöhne und Beiträge in Kraft.

Table with columns for 'Arbeitsmarkt', 'Lohnstufen', 'Grundlohn', and 'Beiträge'. It lists various professions and their corresponding wage and contribution rates.

Advertisement for 'Schaf-Wolle' (Wool) and 'Strumpf-Abfälle' (Hosiery waste) with contact information for G. Adolph.

Advertisement for 'Wer Frauenhaar' (Women's hair) and 'Kermann Liesau'.

Advertisement for 'Gross-Ottersleben' and 'Natur-Homöopath Milatz'.

Advertisement for 'Horn- u. Blasenleiden' (Horn and bladder ailments) and 'Standesamts-Nachrichten'.

Advertisement for 'Anna Förste' and 'Nachruf' (Obituary).

Advertisement for 'Anna Förste' and 'Nachruf'.

Advertisement for 'Walter Sahn' and 'Freie-Turner-Verneidenbed'.

Eine wirklich selten schöne Kombination
der bedeutendsten Filmwerte dieser Saison

sehen Sie ab Freitag als

• **Erstaufführungen** •
nur in den

Walhalla-

Lichtspielen.

Charles Willi Kaiser
Hedda Vernon
und Kurt Brenkendorf

sind die Hauptdarsteller des fesselnden Sittendramas

Der Favorit der Frauen

Die Tochter eines ehrbaren Bürgers genießt in aller Zurückgezogenheit eine einfache Erziehung. — Nur zu gern möchte sie auch einmal „etwas erleben“ und wie durch Zufall wird sie mit dem sehr hübschen aber leichtlebigen Sohn des reichen Fabrikanten bekannt, der das ahnungslose, unberührte, von den Schleichleitern der Jogenannten „feinen Herren“ nichtswissende Mädchen in goldiger Stimmung beirrt um sein Opfer durch das ewige Einerlei aus gefuchten Gründen beiseite zu schieben. Katale Folgen beürten ihn in seiner Handlungsweise

Außerdem:

Die große Sensation

Die Mohikaner von Paris

— nach dem Roman von Alexander Dumas. —

Sensationen über Sensationen, Bilder unvergleichlicher Schönheit, spannendste Handlung, wunderbare Photographie, meisterhafte Darstellungskraft von italienischen Künstlern fesseln auch dieses Werk zu einem wahren „Klassikerfilm“.

Spieldzeit: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 2 1/2 Uhr.

Zentral

7 1/2 Uhr Täglich 7 1/2 Uhr

Gastspiel Hartstein

Emil, nimm dich in acht

Vorher: 247

Brüderlein fein

Singspiel von Leo Fall.

Haas — Volland — Wanaus

3 1/2, Sonntags 7 1/2.



Tonbild-Theater

Berliner Str.

Wiederöffnung.

Der erfolgreiche Film

Mutterherz

mit dem herrlichen
Keinen
Sida von Läger
in der Hauptrolle.
Im übrigen erste
deutsche Besetzung

Dr. Jim

Amerikanischer
Abenteuerfilm.

Beginn: 263

Wochentags 6 Uhr.

Sonntags 3 Uhr.

Schaff- und Arbeitsstiefel

in dauerhaft. Ausfüh. Große Auswahl Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln, sch. u. braun, Gamaschen, Sandalen und Leder-Pantoffeln.

A. Winter, Sudenburg

St. Michael-Str. 1, Ecke Rottersdorf-Str.

Wo

laufen
Händler u. Private
noch konfurrenzlos
billig

Hosen

Pilot-
Feldgr. Tuch-
Beamten-
Kellner-
Kord-
Sportbreches — Monteur-Jacken,
Pilotanzüge, jede Größe u. Qualität
1139

Konfektions-Handelshaus

G. m. b. H.

Seiffenweg Nr. 94, Gartenhaus 1 Treppe.

Telephon 1596. — Eigene Fabrikation.

Weima-

1189

Eiswaffeln

Gebr. Weis, Magdeburg
Telephon 5253 — Fernsprecher 6852.

Rotweinflaschen zu M. 3500

kanf Adobe, Bismarckstr. 11.

Säcke

kauft zu höchsten Tagespreisen, neu und
gebraucht, jede Größe und Art

Sachgründungs-Gesellschaft m. b. H.
Magdeburg, Otto-Bauer-Straße 49
1183 — Tel. 539

Feinmechaniker

die möglichst auf Radometer gearbeitet haben,
sowie gefacht. 1895

J. Seubisch, Fabrikanten-Fabrik,
Magdeburg-Bismarckstr.

Beste frische Lindenblüten

kaufen in jedem Quantum sofort

Pharmazie H. G., Magdeburg,
St. Stadtmarch 9. Zu werden beim Portier.

Schönebeck. Gewerkschaftsfest.

Sonabend den 5. August, von nach-
mittags 3 Uhr an, in allen Sälen des
Stadtparks.

Konzert des Biering-Orchesters.
Sängerchor. Turn- u. Sportvereine

Fußball-Wettkampf
zwischen Stern 1 und Damerühner (Vereinen
des 1. Bezirks).

Kinderbelustigungen. Festball.

Beginn 7 Uhr an, im großen Saal
des Festball.



Zwei Rino-Liebhaber im Süli



Henny Porten

und

261



Lotte Neumann



Henny Porten zeigen wir in dem lieblichsten Lustspiel „Agnes Arnau und ihre drei Freier“. Was in dieser ganz lustigen Geschichte passiert, ist gleichgültig. Unse Henny ist darin goldig — goldig — goldig. Man kann sie tausendmal sehen. Lotte Neumann spielt eine ernste Rolle in dem Film „Arme Thea“ nach dem so sehr bekannten Roman von Rudolf Strah. Das Schicksal dieses lichtblonden Geschöpfes wird jeden Menschen rühren. Und außerdem ist noch Bill da. „Bill im Lunapark.“ Man lacht — man lacht — lacht.



Gute Bücher empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Panorama-Lichtspiele.

Ab Freitag
Der fabelhafte Abenteuerfilm

Die Flammenfahrt des Pacific-Express

Nach dem Leben eines amerikanischen Abenteurers
Regie, Hansrich, Conjetinen

Fred Paster Saterp.

Geschrieben im amerikanischen Schlangenzug-Fing-Fing.
Nach dem Leben eines ameril. Seefahrers.
Erzählung Douglas als Fichtensert. Der Autor
im Gebirgs-Schnee. Der Reis im Ruderboot
von Reysort. Zu brechen Pacific-Expres.

Wunderliche Sensationen. Spannende Handlung.

Ramilla von Hollay

Die einsame Insel!

Ein Film mit interpanter Handlung u. wunderbaren
Naturansichten.

Beginn: Wochentags 5, Sonntags 3 Uhr.

Zirkus-Lichtspiele.

Ab Freitag:
Reinhold Schünzel

Hedda Vernon — E. v. Winterstein — Friz Delius — Hanne
Srinmann — Wilhelm Diegelmann — Friz Beckmann —
Eugen Rex — Gerda Frey in

Ut mine Stromtid Durch Leid zum Licht

von Friz Reuter

Ein Film, von Herzen kommend und zu Herzen gehend — ein Meisterwerk, dem
ein voller Erfolg nicht fehlen kann — die Besetzung weist die besten deutschen
Kamen auf, von denen jeder allein geeignet ist, einen Film zum Erfolg zu führen.

Der Film von Moskau Die letzte Freude

von Knut Samjun.

Der Film bedeutet künstlerischen Fortschritt und Bereicherung. Um eine rätselhafte
Frau von weißem Haare treiben Männer verschiedenster Art. Ein Dichter und
ein Fotograf, ein Rechtsanwalt und ein Filmschauspieler. Der Film bietet im
Rahmen einer feinsamen lyrischen Handlung voll unausgesprochener Dinge eine
Reihe von herrlichen Gebirgsaufnahmen aus dem romantischen Gebiet der hohen
Alpen und künstlerischer Leistungen von Rang.

Beginn der Vorstellungen wochentags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.